

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

DOSSIER:
60 Jahre IG-FARBEN-PROZESS

TITEL:

Wirtschaftskrise

BAYER will profitieren

WEITERE THEMEN:

- Leiharbei bei BAYER
- 30 Jahre Coordination
- Beschäftigte verklagt BAYER





Inhalt

- 4 **Wirtschaftskrise**
BAYER will mehr Kapitalismus wagen
- 8 **„Wir sind Versuchskaninchen“**
Interview mit Aktivistin aus Institute
- 12 **Die Namenlosen**
Leiharbeit bei BAYER
- 16 **Nachgebesserte Pipeline-Genehmigung**
Bezirksregierung als Erfüllungshelfer
- 18 **Nebenwirkung: Phosgen**
BAYER will Kunststoff-Produktion ausweiten
- 22 **LIPOBAY: Angestellte packt aus**
Whistleblowing bei BAYER
- 26 **Yes we can!**
30 Jahre Coordination
- + **SWB-Dossier:**
60 Jahre IG-FARBEN-Prozess

Rubriken

- 3 Editorial
- 5 Echo,
Au weia, BAYER!
- 27 Impressum
- 30 Promis gegen Profit
- 32 CBG bei der Arbeit
- 34 O-Ton BAYER

Mehr als
80.000
Zugriffe
in der
Woche.

www.CBGnetwork.org



David T. Fuller, Direktor der FLUOROQUINOLONE TOXICITY RESEARCH FOUNDATION (www.fqresearch.org)

Liebe Leserinnen und Leser,

seit ihrer Markt-Einführung in den frühen 80er Jahren haben Antibiotika auf Fluoroquinolone-Basis, wie sie BAYER mit AVELOX (Wirkstoff: Moxifloxacin) anbietet, zahlreiche schwere und teilweise irreversible Nebenwirkungen verursacht.

Das Hauptaugenmerk unserer Initiative FLUOROQUINOLONE TOXICITY RESEARCH FOUNDATION liegt darauf, über diese Nebenwirkungen aufzuklären und die Zehntausenden von Opfern zu unterstützen. Am häufigsten treten Gesundheitsschäden im Bereich der Sehnen, Knorpel, Muskeln und Knochen auf. Auch Störungen des Zentralen Nervensystems sind zu beobachten, die sich in Psychosen, Angstattacken, Verwirrheitszuständen, Schlaflosigkeit oder anderen psychiatrischen Krankheitsbildern manifestieren. Das periphere Nervensystem ist ebenfalls oft betroffen etwa durch Neuropathien, welche massive körperliche Behinderungen zur Folge haben. Darüber hinaus sind AVELOX & Co. für Herzinfarkte, Unterzuckerungen, Leber- oder Nierenversagen und andere Organschädigungen verantwortlich.

Im Februar 2008 warnte BAYER die europäischen MedizinerInnen in einem Brief, AVELOX könnte Hepatitis auslösen und so Leberversagen verursachen sowie

zu lebensbedrohlichen Autoimmun-Krankheiten der Haut wie dem Stevens-Johnson-Syndrom oder der toxischen epidermischen Nekrolyse führen. US-amerikanische ÄrztInnen bekamen ein solches Schreiben nicht. Sie und ihre PatientInnen ließ der Pharma-Riese weiter im Ungewissen.

Bereits 1996 mahnte die Initiative PUBLIC CITIZEN wegen der zahlreichen Muskel- und Skeletterkrankungen das Verschicken solcher Briefe und das Anbringen von Warnhinweisen der höchste Dringlichkeitsstufe auf den Packungen an. Die US-Gesundheitsbehörde FDA lehnte das ab; sie veröffentlichte nur eine kleine Notiz in einem obskuren Journal. Im Jahr 2005 forderte der Generalbundesanwalt von Illinois die FDA in dieser Sache zum Handeln auf. Im Jahr darauf wiederholte PUBLIC CITIZEN seine Forderungen. Die Behörde kam dem nicht nach. Deshalb zog die Initiative vor Gericht. Im Juni 2008 fügte sich die FDA schließlich und ordnete das Applizieren von Warnungen auf allen Schachteln mit Fluoroquinolone-Arzneien an.

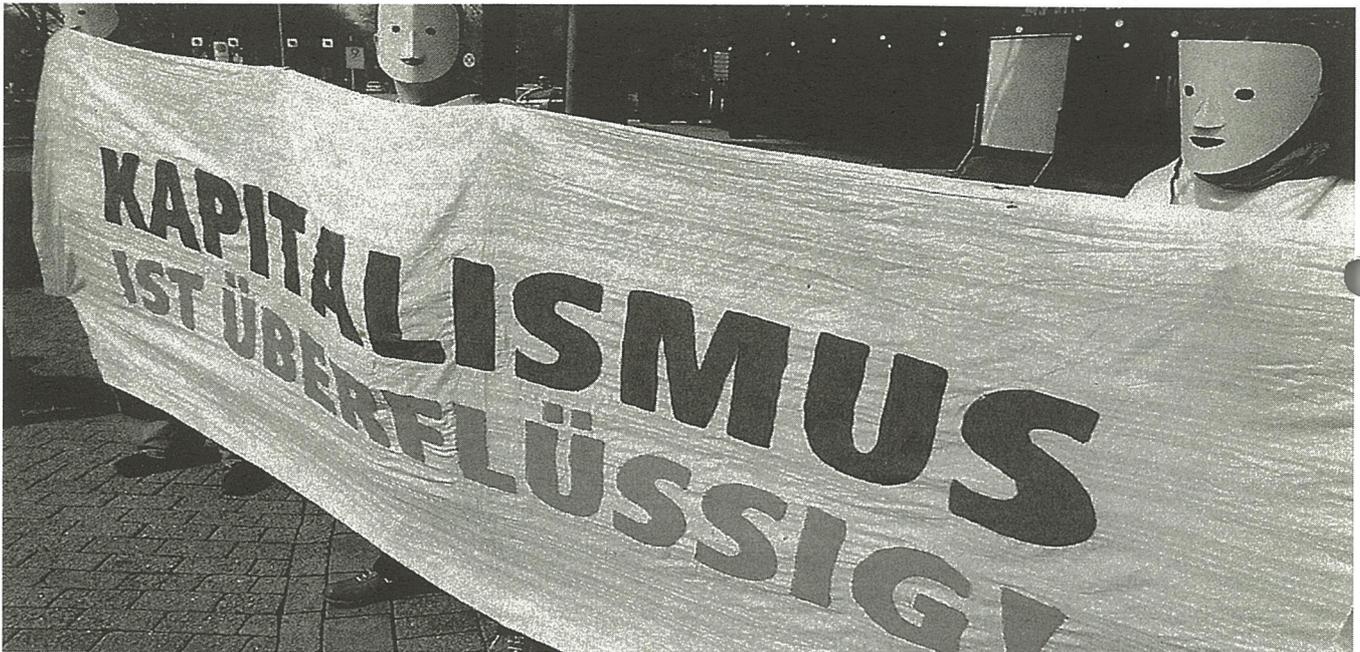
BAYER ist dem jedoch bis heute nicht nachgekommen und hat auch noch keine ÄrztInnen-Briefe verschickt. Man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, da-

mit sie eine Wahrheit wird, soll Goebbels einmal sinngemäß gesagt haben. Der Leverkusener Multi geht ähnlich vor. Er behauptet weiterhin bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit steif und fest, AVELOX sei sicher und wirksam, obwohl bereits mehr als die Hälfte der Pharmazeutika aus dieser Wirkstoffgruppe wegen ihrer Giftigkeit aus dem Verkehr gezogen wurden. Und trotz der Tatsache, dass es zahlreiche Petitionen zum Stopp der Pille oder wenigstens zum Anbringen von mehr Sicherheitshinweisen gab, trotz eines FDA-Appells für einen Warnhinweis der Alarmstufe Rot, trotz hunderten von Klagen Geschädigter - und, nicht zu vergessen, den Schreiben an die europäischen MedizinerInnen.

Diese Sachlage macht die Arbeit der Foundation auch in der nächsten Dekade unabkömmlich. So wird sie weiterhin Unterstützung anbieten, Recherche betreiben und die - in die Hunderttausende gehenden - potenziellen Opfer über diese Substanzen informieren, deren Sicherheitsprofil ein Verbot eigentlich geradezu erzwingen müsste.

BAYER & die Bankenkrise

„Wir müssen jetzt die Bremsen lösen“



„Es zeichnet sich die schlimmste Rezession seit einem Vierteljahrhundert ab“, konstatierten BAYERs Aufsichtsratschef Manfred Schneider und seine 46 Manager-Kollegen vom „European Round Table of Industrialists“ auf einem Treffen in Istanbul. Deshalb erklärten sich die Konzernlenker zwar bereit, staatliche Notfallmedizin zur Stützung des Bankensektors und zur Nachfrage-Stimulation zu schlucken, aber auf keinen Fall wollen sie ewig am Tropf der Politik hängen. Auch BAYER-Chef Werner Wenning warnt vor Überregulation. Er plädiert mit Friedrich Merz dafür, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben und gerade jetzt mehr Kapitalismus zu wagen. „Es wäre deutlich besser, jetzt jene Bremsen zu lösen, die Wachstum behindern“, meinte Wenning in einem Faz-Interview.

Von Jan Pehrke

„Finanzkrise? Nicht mit uns!“, hieß es beim Leverkusener Multi lange. „BAYER im 2. Quartal weiter erfolgreich“, meldete der Aktionärsbrief vom Juni 2008. Auch das 3. Quartal ließ kaum Wünsche offen. „BAYER glänzt in unsicheren Zeiten“ und „BAYER ist gut gepolstert“ lauteten die Überschriften in den Zeitungen. Selbst als der Konkurrenz BASF am 20. November die vorübergehende Stilllegung von 80 Kunststoff-Anlagen annoncierte, reagierte der Chemie-Multi noch gelassen. Es laufe im entsprechenden Unter-

nehmensteil bereits seit längerem ein Rationalisierungsprogramm, und im Übrigen sei man vorbereitet, falls es weiteren Änderungsbedarf gebe. Den gab es dann allerdings schon fünf Tage später. Am 25. November kündigte der Global Player an, die Polycarbonat-Fertigung um ein Viertel zu reduzieren und dazu an zehn Standorten Werke „vorübergehend aus dem Betrieb zu nehmen“.

Damit war die Finanzkrise endgültig in BAYERs Realwirtschaft angekommen. Sie nahm den Umweg über die Auto-Indu-

strie, die im Normalfall ca. 18 Prozent des Konzern-Kunststoffes abnimmt, nun aber aufgrund ihrer Absatzprobleme kaum noch etwas orderte. Auch die von der platzenden Immobilienblase getroffene Bau-Branche, sonst für 14 Prozent der Umsätze gut, füllte die Auftragsbücher nicht mehr. Hatte das Geschäft mit Plaste & Elaste schon das ganze Jahr über an den gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten zu leiden, so brach es jetzt endgültig ein. Den Beschäftigten, denen das letzte, 300 Millionen Euro schwere Sparprogramm noch

in den Knochen steckt, dürfte nun weitere Unbill drohen. Kurzarbeit hat der Multi bereits angekündigt. Der Chef der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE, Hubertus Schmoltdt, hat BAYER & Co. jedenfalls schon einmal gewarnt: Sollten die Konzerne die gegenwärtige Situation zu Sozial- und Tarifabbau nutzen, so müssten sie sich auf knallharte Konflikte mit der Gewerkschaft einstellen. Aber er kann's auch butterweich. So stellte er in einem Interview mit der *Wirtschaftswoche* Gesprächsbereitschaft über tarifliche Öffnungsklauseln in Aussicht.

Ansonsten gibt sich BAYER weiterhin krisenfest. Mit dem Pharma- und Agrarbereich seien 70 Prozent der Aktivitäten kaum konjunktur-abhängig, konstatiert Wenning. Krank werden die Leute immer, und landwirtschaftliche Produkte, für deren unbeschwertes Gedeihen das Unternehmen mit seinen Pestiziden zu sorgen vermeint, brauchen die Menschen auch ständig, macht sich der Multi Mut. Ungeachtet dessen trifft die Rezession den Leverkusener Multi nicht nur im Kunststoff-Segment. So haben die Pensionskassen durch die Kursstürze an den Börsen so große Einbußen erlitten, dass Werner Wenning in seiner Rede zum Geschäftsverlauf im 3. Quartal schon den Norbert Blüm geben musste. „Die zusätzliche betriebliche Altersversorgung für unsere Mitarbeiter ist sicher. Denn spekulatives Verhalten gehört nicht zur Anlagestrategie“, so der Große Vorsitzende.

Zudem bekommt der Pharma-Riese die Kreditklemme zu spüren und kann nicht mehr unbeschwert auf Einkaufstour gehen. Während der „Verband der Chemischen Industrie“ die Branche noch mit ausreichend Liquidität ausgestattet sieht, sagte Wenning der *Faz*: „In der Größenordnung von zehn Milliarden Euro dürfte eine Akquisition für die meisten derzeit nicht mehr finanzierbar sein“. Die Geldhäuser versuchen sogar, die Konditionen von schon gewährten Krediten nachzuverhandeln, und die Risikoprämien bei den Kreditausfall-Versicherungen steigen. Auch das Begeben von Unternehmensanleihen kommt den Konzernen teurer zu stehen. Lag die Verzinsung der BAYER-Anleihen vor zwei Jahren lediglich 0,62 Prozent über derjenigen von Bundesanleihen, so müsste der Agro-Riese heute schon 1,91 Prozent bieten. Und eine neue Anleihe wäre wohl nicht unter Zinsen von fünf Prozent loszuschlagen. Zudem steigen die Konditionen der Kreditausfall-Versicherungen.

Nicht zuletzt wegen dieser trüben Aussichten lobte Wenning das von der Großen Koalition geschnürte Rettungspaket für die Banken und die anderen Maßnahmen. „Die Bundesregierung hat schnell und positiv reagiert. Wir halten die jüngsten Stabilisierungsmaßnahmen für ebenso wichtig wie notwendig und hilfreich“, stellte er auf der letzten Bilanzpressekonferenz fest. Er hätte sich da allerdings auch gleich selber loben können, denn BAYER-Aufsichtsrat Paul Achleitner, im Hauptberuf Finanzchef der ALLIANZ, saß bei den Beratungen mit am Tisch. Andererseits hatte Wenning auch einiges dafür getan, dass es überhaupt so weit kam. Als Aufsichtsratsmitglied und Vorsitzender des Beraterkreises der DEUTSCHEN BANK hatte der BAYER-Boss nämlich einen guten Einblick in das globale Finanzwesen. Aber eine Verletzung der Aufsichtspflicht wollte er sich von der Zeitschrift *Capital* nicht nachsagen lassen. Auf die Frage: „War Ihnen angesichts der gigantischen Deals nie unbehaglich zumute?“, antwortete er bloß ausweichend: „Sofern Investoren einen nachhaltigen Ansatz verfolgen, ist nichts dagegen einzuwenden“.

Stattdessen wäscht Wenning seine Hände in Unschuld und unterscheidet zwischen der bösen Finanzwirtschaft und der guten Realwirtschaft. „Wir von der Industrie haben uns da wenig vorzuwerfen“, tönte er im *Spiegel*. Tatsächlich gibt es Unterschiede zwischen der Finanz- und der Realwirtschaft, moralischer Art sind diese jedoch nicht. Hedge-Fonds, die für ihre AnlegerInnen das Maximale in minimaler Zeit herausholen müssen, üben über ihre Aktienpakete viel Druck auf die Konzerne aus. Da die Multis teilweise selber gar nicht mehr so genau wissen, welche Investoren Anteile von ihnen halten oder diese in Zukunft zu halten gedenken, haben BAYER und andere Dax-Unternehmen im August die Gunst der Stunde genutzt und in einem Brief an Peer Steinbrück strengere Kapitalmarkt-Regelungen angemahnt. Als Nachbesserungen zum „Risikobegrenzungsgesetz“ forderten die Finanzvorstände unter anderem umfassendere Offenlegungspflichten, mehr Klarheit über die wirklichen Besitzverhältnisse und allgemein mehr Transparenz ein.

Der *Spiegel* kaufte Wenning die Zwei-Welten-Theorie allerdings nicht so ganz ab und hakte nach: „Aber gibt es nicht eine gemeinsame Ursache für die Krise: das übertriebene Streben der Manager

Echo

A. M. (BUND): Danke für Eure tolle Arbeit!

E. D., Frankreich: Ich gratuliere zum Geburtstag der Coordination und wünsche Euch viel Erfolg.

K. K., Imker (zur Strafanzeige wg. PONCHO): Klasse!!!!!!!!!!!!!!

B. H., Imker: Danke für Ihre großartige Unterstützung!

Dr. D. B-H: Im Zusammenhang mit dem Ausfüllen des Mitgliedsantrages habe ich auf der Website ein „wenig geschmökert“ in den Reden zur letzten Hauptversammlung und fand sie beeindruckend: Nicht nur hart, sondern auch gut recherchiert und fundiert. Ich bin froh, dass ich mich zu der Mitgliedschaft entschlossen habe.

M. M., Südafrika: Danke für Ihre Unterstützung, Interesse und harte Arbeit.

E. G.: Ich habe große Hochachtung vor Ihnen und dem, was Sie in Bezug auf BAYER aufdecken. Wenn es mir möglich wäre, würde ich mich finanziell noch mehr einbringen, was ich im Moment leider nicht kann.

Au weia, BAYER!



BAYER-Chef Werner Wenning kann die gegenwärtige

Krise nicht erschüttern, denn für ihn ist der Kapitalismus eine anthropologische Größe. „Ich glaube, das Streben nach Gewinn ist dem Menschen innewohnend“, vertraute er dem *Spiegel* an, „Vielleicht ist ein wenig ‚gesunde Gier‘ sogar ganz nützlich und natürlich. Das treibt uns an und bringt uns weiter“. Fragt sich bloß, wohin? Aber das fragt sich ja der Kapitalismus aus Prinzip nicht.



nach Profit?" Der Konzern-Lenker hielt das nicht bloß für zu kurz gegriffen, er gab sich überdies als „Gier ist geil“-Anhänger zu erkennen: „Vielleicht ist ein wenig ‚gesunde‘ Gier sogar ganz nützlich und natürlich. Das treibt uns an und bringt uns weiter“. Zu Selbstkritik sieht Werner Wenning also keinen Anlass. Der Kapitalismus steckt für ihn nicht in der Krise; er bietet sich vielmehr als Heilmittel an. „Mehr Kapitalismus wagen“, das steht nicht nur für Friedrich Merz statt keynsianistischen Konjunkturprogrammen nun auf der Agenda. „Es wäre deutlich besser, jetzt jene Bremsen zu lösen, die Wachstum behindern“, meinte der Ober-BAYER in der *Faz*.

Als eine solcher Bremsen erachtet er die von der EU geplanten strengen Auflagen für den Emissionshandel. Waren die Lizenzen zum Kohlendioxid-Ausstoß bislang so großzügig bemessen, dass die Schornsteine des Chemie-Multis weiterhin nach Lust und Laune qualmen konnten und der Konzern keine Verschmutzungsrechte kaufen musste, so plant Brüssel seit längerem Änderungen. Das behagt dem Manager gar nicht. Darum ist es seiner Meinung nach jetzt der richtige Zeitpunkt, um „eine investitions-hemmende Ausgestaltung des Emissionshandels zu vermeiden“.

Der „European Round Table of Industrialists“ (ERT), dem neben BAYERS Aufsichtsratschef Manfred Schneider noch 46 weitere Top-Manager angehören, tritt indessen für Zinssenkungen und Investitionen in die Infrastruktur ein, damit „die schlimmste Rezession seit einem Viertel-

jahrhundert“ so glimpflich wie möglich verläuft. Das Heft aus der Hand nehmen lassen will sich die Organisation allerdings ebenso wenig wie Wenning - eindringlich warnt der ERT vor einer „Überregulierung in der Industrie“.

Und die Politik arbeitet die Wunschliste der Global Player fleißig ab. Die Bundesregierung bemüht sich mit aller Kraft, beim Emissionshandel Ausnahmeregelungen für die bundesrepublikanische Industrie herauszuschlagen und hatte damit

„Es wäre deutlich besser, jetzt jene Bremsen zu lösen, die Wachstum behindern“

auf dem Brüsseler EU-Gipfel auch Erfolg. Ihr Konjunkturpaket enthält derweil weitere Geschenke. So kündigte die Große Koalition etwa an, die Abschreibemöglichkeiten auszuweiten und den Konzernen so Zinsgewinne zu bescheren. Zudem weiteten CDU und SPD die Bezugsfristen von KurzarbeiterInnen-Geld von 12 auf 16 Monate aus und stellen den Unternehmen über die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ zinsgünstige Kredite zur Verfügung.

Für den Sachverständigenrat sind das indessen nur milde Gaben. Er will unter anderem das ohnehin schon beispiellose Füllhorn „Unternehmensteuerreform“, das den Unternehmen Abgaben in Höhe von ca. zehn Milliarden Euro erspart, noch ein bisschen mehr füllen. Die WirtschaftswissenschaftlerInnen plädierten dafür, die mit der letzten „Reform“ eingeführte Zins-schranke wieder hochzuziehen und es BAYER & Co. wieder zu gestatten, ihre

Zinszahlungen steuermindernd vom Umsatz abzuziehen. Den Fiskus würde diese kleine Aufmerksamkeit ungefähr 25 Milliarden Euro kosten.

So kümmern sich alle liebevoll um den bedauernswert maladen Kapitalismus und versuchen, ihn wieder aufzupäppeln. Auf die Idee, ihn selbst als Krankheit zu betrachten, der immer mehr Opfer fordert, kommt so recht niemand. Schuld an dem Desaster haben wahlweise die US-amerikanische Wirtschaftskultur, die nichts von „sozialer Marktwirtschaft“ wissen wolle, der Neoliberalismus, oder der „irreale“ Finanzsektor, der den real existierenden Unternehmen übel mitspiele, aber nie das Ding an sich.

Dabei hat die gegenwärtige Krise im Herzen des Kapitalismus, der Produktion, ihren Ausgang genommen, und zwar nicht erst vor ein paar Monaten. Nach Ansicht des Publizisten Robert Kurz gibt es mindestens seit den frühen 80er Jahren eine „schwindende(n) Basis der realen Verwertung“ und damit einhergehend eine wachsende Basis der „fiktiven“ Verwertung auf den Finanzmärkten. Die technologische Entwicklung ermöglichte zwar enorme Produktivitätsfortschritte, aber mit den im Zuge dieses Prozesses entlassenen ArbeiterInnen verabschiedeten sich BAYER & Co. auch von ihren Mehrwert-ProduzentInnen. Maschinen können die Konzerne nicht ausbeuten, und so nahm die Wertsubstanz der einzelnen Waren ab. Das verteuerte wiederum die Herstellung, weshalb sich die Unternehmen immer stärker verschulden mussten. Der Leverkusener Multi steckt momentan mit 13,7



- Tierschutz
- Leben mit der Natur
- Ressourcenschonung
- Gesundes Leben + Wohnen
- Alternative Medizin für Mensch + Tier



Ökostadt Report

Das vierteljährliche Magazin von Ökostadt Rheinland
Bestellung/Leseprobe unter www.ökostadt-rheinland.de





Sebastian-Bach-Str. 1, 41379 Brüggen, Fon +49 (0) 700 . 6 35 67 82 38, www.oekostadt-rheinland.de

Milliarden Euro in den Miesen. Parallel dazu sanken die Eigenkapital-Quoten, gefördert vom Staat, der die Kreditaufnahme steuerlich begünstigte. Bei BAYER liegt die Zahl aktuell bei 32,7 Prozent, wobei das schon optimistisch gerechnet ist, denn es handelt sich lediglich um „bilanzielles Eigenkapital“.

Aber nicht nur auf der betriebswirtschaftlichen Ebene, sondern auch auf der gesamtwirtschaftlichen war diese Tendenz zu beobachten. Kurz bezeichnet diese als „eine globale Defizit-Konjunktur“, die einen „pazifischen Defizitkreislauf“ in Gang setzte. Die USA lebte auf Pump, China hielt das Land durch den Kauf von Staatsanleihen über Wasser und finanzierte sich so einen Absatzmarkt, der für ein Wirtschaftswunder sorgte. Dieser sich nach dem Platzen der Immobilienblase als „fiktiv“ erweisende Boom in Asien hatte wesentlich dazu beigetragen, dem von sinkenden Profitraten bedrohten Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb fürchtete Werner Wenning sich sehr vor einem Rückgang des dortigen Wirtschaftswachstums, das zuletzt 12 Prozent betragen hatte. „Aber ich bin zuversichtlich, dass die chinesische Regierung alles daransetzen wird,

ihre Infrastruktur-Maßnahmen mit Nachdruck fortzusetzen“, gab er sich in der *Faz* hoffnungsfroh und hat die Kunde aus Peking von dem 500 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket vermutlich mit Erleichterung aufgenommen.

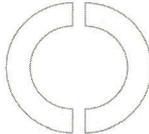
So hat sich also die „gute Realwirtschaft“ die böse „fiktionale Finanzwirtschaft“ durch die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widersprüche selbst eingebracht. Das Kapital musste ins Casino gehen, um seinen fürs Reale zu

„Wir von der Industrie haben uns da wenig vorzuwerfen“

groß gewordenen Profithunger zu befriedigen. Auch in Zukunft dürfte es seinen Appetit nicht zügeln. Deshalb verlangt die Wirtschaft nach einem Krisen-Management, das sie als Krisengewinnler dastehen lässt. Was in den 80er Jahren der Neoliberalismus durch den massiven Abbau sozialer Rechte leistete, soll auch dieses Mal wieder zu Lasten der abhängig Beschäftigten gehen. Dies funktioniert allerdings nur, wenn die Menschen ihre Interessen mit denen von BAYER & Co. gleichsetzen und ihr Wohlergehen vom Wohlergehen der Konzerne abhängig

machen. Diesen Verblendungszusammenhang gilt es zu zerreißen, wie es der französische Philosoph Alain Badiou vorgebracht hat. In der Zeitung *Le Monde* schrieb er: „Man hat diese Wochen oft von der ‚Realwirtschaft‘ (der Produktion der Güter) gesprochen. Man hat ihr die irrealer Ökonomie (die Spekulation), von der das Übel ausginge, gegenübergestellt, da ihre Vertreter ‚unverantwortlich‘, ‚irrational‘, ‚Raubtiere‘ geworden seien. Diese Unterscheidung ist absurd. Der Finanzkapitalismus ist seit fünf Jahrhunderten ein wichtiger Teil des Kapitalismus im Allgemeinen. Was die Eigentümer und Manager dieses Systems angeht, so sind sie allein für Profite ‚verantwortlich‘. Ihre ‚Rationalität‘ ist an den Gewinnen messbar, und Raubtiere sind sie nicht einfach, sondern müssen sie sein. Es gibt folglich im Warenlager der kapitalistischen Produktion nichts ‚Realeres‘ als auf ihrer Handelsetage oder in ihrer Spekulationsabteilung. Die Rückkehr zum Realen kann nicht in der Bewegung, die von der schlechten ‚irrationalen‘ Spekulation zur gesunden Produktion führt, bestehen. Es ist die Rückkehr zum unmittelbaren und reflektierten Leben all derer, die diese Welt bewohnen“.



ProSolidar 
Leben statt Profit

Geld & Verantwortung

Immer mehr Menschen werden sich ihrer Verantwortung beim Umgang mit Geld bewußt. Herkömmliche Finanzanlagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten.

ProSolidar nimmt die Verantwortung für soziale Sicherheit und Umweltschutz ernst. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net

Coupon:

Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname
Name
PLZ
Ort
Straße
Fon
Fax
Alter
Email
Bitte zurücksenden an: ProSolidar Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210 40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220 Mail info@prosolidar.net

Maya Nye aus Institute im Gespräch

„Wir sind Versuchskaninchen“



Die Umweltaktivistin aus Institute Maya Nye

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) kritisiert seit Jahren die vom BAYER-Werk im US-amerikanischen Institute ausgehenden Risiken. Am 28. August kam es dort erneut zu einem schweren Störfall, dem zwei Arbeiter zum Opfer fielen. Maya Nye, Sprecherin der Initiative PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC, die seit den achtziger Jahren für eine Verbesserung der Sicherheitslage kämpft, gibt im Interview einen Überblick über die Lage vor Ort.

Philipp Mimkes und Axel Köhler-Schnura stellten die Fragen

Frau Nye, können Sie uns bitte einen Überblick zu den Sicherheitsproblemen am BAYER-Standort Institute geben?

Die größte Gefahr, die von dem hiesigen

BAYER-Werk ausgeht, ist die Lagerung großer Mengen Methyl Isocyanats (MIC), zwei bis zwanzig Mal so viel wie die Menge, die 1984 in Bhopal aus-getreten ist. Die Fabrik wechselte in den vergange-

nen Jahrzehnten mehrmals den Besitzer, was es schwierig macht, an alle wichtigen Informationen zu gelangen. Seit der Übernahme des Werks durch BAYER im Jahr 2001 war die Explosion im August

der schwerwiegendste Unfall. Der Störfall führte unmittelbar zu zwei Todesfällen. Wir befürchten, dass es als Spätfolgen Erkrankungen oder sogar Todesfälle geben wird.

Was sind die PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC für eine Gruppe?

PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC ist eine Bürgerinitiative zum Schutz der Anwohner im Kanawha-Tal in West Virginia. In der Umgebung befinden sich zahlreiche Chemie-Anlagen. Die Gruppe wurde nach der Katastrophe von Bhopal gegründet, da dieselbe Chemikalie, die Tausende von Indern getötet und vergiftet hat, auch hier in der Nachbarschaft produziert und gelagert wird. Das Werk, das heute zu BAYER gehört, war damals Teil von UNION CARBIDE, dem Betreiber der Fabrik in Bhopal. Die Gruppe hat sehr viel bewirkt. Wir haben an der Ausarbeitung von Katastrophenplänen und Fluchtwegen im Fall eines Störfalls mitgearbeitet, uns an der Solidaritätsarbeit für die Opfer in Bhopal beteiligt, haben beim Aufbau des National Institute of Chemical Studies mitgewirkt (das NICS berät Kommunen mit Chemieanlagen in Sicherheitsfragen, Anm. SWB), haben jahrelang im Sicherheitskomitee der umliegenden Städte mitgearbeitet, etc. Die Beziehung zwischen den Chemie-Fabriken und den umliegenden Gemeinden hat sich dadurch grundlegend geändert.

BAYER behauptet, die Fabrik würde den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Wir beobachten aber seit langem, dass das Unternehmen an der Sicherheit spart. Wie ist die Situation in Institute?

Es sieht so aus, als ob die Fabrik unterbesetzt ist. Genaue Informationen sind schwierig zu bekommen, da die Unternehmen seit dem 11. 9. viel mehr Informationen als früher geheim halten dürfen.

Kooperieren Sie mit den MitarbeiterInnen?

Nicht in dem Ausmaß, wie wir gerne möchten. Die Arbeiter sind anders als früher kaum noch gewerkschaftlich organisiert. Wenn sie öffentlich Kritik äußern, besitzen sie keinerlei Schutz und gefährden ihre Existenz.

Die CBG begleitet BAYER nun seit 30 Jahren kritisch. BAYER diffamiert uns als



Die Explosion vom 28.8. 2008

„radikal“ oder „unseriös“. Sind Sie ähnlichen Anfeindungen ausgesetzt?

BAYER muss glauben, dass wir ultraradikal sind: Der letzte Informationsabend des Unternehmens wurde von drei bewaffneten Sicherheitskräften bewacht! Zum Glück sind die meisten Vertreter der umliegenden Gemeinden sehr verärgert aufgrund der mangelhaften Informationspolitik nach dem jüngsten Störfall – hierdurch wird unsere „Radikalität“ etwas relativiert.

Allgemein gilt, dass die Firma überhaupt nicht mag, wenn sie kritisiert wird, besonders, wenn dies öffentlich geschieht. Die BAYER-Vertreter drohen dann mit Abwanderung und dem Verlust von Arbeitsplätzen, um Streit zwischen Arbeitern und den Kritikern zu schüren. Leider wirkt diese Drohung, weil es keine anderen Arbeitsplätze in der Gegend gibt, und das nutzen sie natürlich aus.

Nach Unfällen in Chemie-Fabriken werden in der Regel keine Langzeit-Untersuchungen durchgeführt. Folgeschäden von ArbeiterInnen und AnwohnerInnen werden nicht ermittelt, und im Fall einer Erkrankung ist es fast unmöglich, einen kausalen Zusammenhang nachzuweisen. Ist dies auch in Institute der Fall?

Dies ist einer unserer wichtigsten Vorwürfe. Unsere Gemeinde ist seit 1947 eine Art Versuchskaninchen der Chemie-Industrie. Die Tatsache, dass die Produktion von Chemikalien ohne Kenntnis der langfristigen Risiken erlaubt wird, ist eine Ungerechtigkeit, für die es nur wenige Parallelen gibt.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass BAYER der Öffentlichkeit nach Störfällen

Informationen vorenthält oder sogar eine Desinformationspolitik betreibt. Wie ist das Auftreten von BAYER im Bundesstaat West Virginia?

Sie beschreiben das Bild sehr gut. Von BAYER gibt es selbst nach einem Unfall kaum brauchbare Informationen. Aktuell hat sich die Werksleitung zwar entschuldigt, aber beim nächsten Mal fängt alles wieder von vorne an. Was den Schutz der Anwohner angeht, sind sie wirklich skrupellos.

Werden die Opfer denn angemessen entschädigt?

Kurz gesagt, nein. Zunächst einmal gibt es sowieso keine angemessene Kompensation für die beiden Arbeiter, die kürzlich ums Leben gekommen sind. Unberücksichtigt bleiben aber auch die langfristigen Schäden, da diese gar nicht untersucht werden.

Wie ist denn die Stimmung in den umliegenden Orten?

Die Nachbarschaft ist aufgrund der schlechten Sicherheitslage und der ungenügenden Kommunikation unzufrieden. Dies sagen sogar ehemalige Chemie-Arbeiter und Vertreter der lokalen Behörden. Natürlich gibt es auch immer „Loyalisten“, die keinerlei Kritik an der Chemieindustrie dulden.

Wie ist die Rolle der Medien? Wir haben oft erlebt, dass BAYER auf die Medien Druck ausübt, wenn diese offene Kritik äußern.

Ich bin sicher, dass BAYER auch in jüngster Zeit versucht hat, Druck auf die



Medien auszuüben. Allerdings hat der eklatante Mangel an Informationen nach dem letzten Störfall auch die Feuerwehr und die staatlichen Behörden verärgert, weshalb sich die negative Berichterstattung nicht stoppen ließ. Das bedeutet aber nicht, dass die PR-Maschine von BAYER nicht auf Hochtouren laufen und die nächsten Medien-Manipulationen vorbereiten würde. So gab es jüngst ein Treffen der von BAYER gegründeten Anwohner-Kommission, ohne dass deren Mitglieder bei der Vorbereitung in irgendeiner Weise involviert gewesen wären. Die Veranstaltung war dann ein als Treffen von Anwohnern maskiertes Medien-Spektakel, eine bessere Pressekonferenz. Traurig daran ist, dass viele Leute BAYER glauben und die gebrochenen Versprechen vergessen werden.

Was sollte getan werden, um eine öffentliche Kontrolle der Chemieindustrie durchzusetzen?

Solange wir als Gesellschaft akzeptieren, dass unsere Gesundheit, die Umwelt und überhaupt unser Wohlergehen von Geschäftsinteressen dominiert wird, können wir meiner Meinung nach keine wirkungs-

volle Kontrolle aufbauen, die uns vor den Giftstoffen in unserer Umwelt schützt.

Wir haben die Sicherheitssituation in Institute auf der letzten BAYER-Hauptversammlung zum Thema gemacht – vier Monate vor dem schweren Störfall vom August. Hilft Ihnen die Zusammenarbeit mit der CBG?

Wir sind für diese Unterstützung sehr dankbar. Sie ist wirklich dringend notwendig.

Wie sehen Ihre weiteren Pläne aus? Welche Unterstützung von außerhalb können Sie gebrauchen?

Generell sehen wir es als unsere wichtigste Aufgabe an, die umliegenden Gemeinden über die Risiken aufzuklären, so dass sie selbst aktiv werden können. Aktuell planen wir, unabhängige wissenschaftliche Studien in Auftrag zu geben, um den Zusammenhang von Erkrankungen in der Nachbarschaft der Werke mit dem Ausstoß giftiger Chemikalien nachzuweisen. Auch wollen wir die Schaffung gesunder und nachhaltiger Arbeitsplätze unterstützen. Gruppen von außerhalb können uns



Maya Nye bei einem Auftritt

helfen, indem sie den Druck auf BAYER aufrechterhalten. Auch Ideen, wie Alternativen zu diesen dreckigen Arbeitsplätzen geschaffen werden können, sind nützlich. Geld benötigen wir natürlich ebenfalls. Vielleicht sollten wir einfach der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN beitreten ...

Maya Nye ist Musikerin und lebt in Charleston, West Virginia

Die Winterausgabe

DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

37. JAHRGANG
HEFTE 4/2008
ISSN 0179-4081
€ 3,-

WIE KANN FRAU WERTSCHÄTZEN?

www.wirfrauen.de

A B O

Ich möchte die Zeitschrift kennen lernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3,50 Euro in Briefmarken.

Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausgaben jährlich, für 15,00 Euro.

Ich möchte kostenfrei die Newsletta per E-Mail abonnieren.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum und Unterschrift

Telefon-Nummer

E-Mail-Adresse

Die Ausgaben (36 Seiten) erscheinen jeweils im März, Juni, September und Dezember. Bitte mit vollständiger Adresse und Tel.-Nr. senden an: WIR FRAUEN e.V. – Verein zur Förderung von Frauenpublizistik, Rochusstr. 43, 40479 Düsseldorf.



Spuren hinterlassen.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

.....
Vorname, Name

.....
PLZ, Ort

.....
Straße, Haus-Nr.

.....
Telefon, Fax

.....
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418 40081 Düsseldorf**

eMailCBGnetwork@aol.com

Leiharbeit bei BAYER

Die Namenlosen



Der Journalist Markus Breitscheidel bei BAYER SCHERING

Der Journalist Markus Breitscheidel hat sich in Wallraff-Manier inkognito beim Leverkusener Multi verdingt und war als Leiharbeiter in der Pillen-Produktion „ganz unten“. Der Film „Leiharbeit undercover“ und das Buch „Arm durch Arbeit“ dokumentieren die erschreckenden Ergebnisse seiner verdeckten Ermittlungen.

Von Jan Pehrke

„Wir unterstützen Menschen und Unternehmen in Veränderungsprozessen. Unser Anspruch ist es, sie auf dem Weg in eine neue berufliche Zukunft kompetent zu begleiten“, heißt es auf der Internet-Seite von JOB@CTIVE, BAYERS nicht nur für den Konzern selber tätigen Agentur für „Personaldienstleistungen“. Der Journalist Markus Breitscheidel vertraute sich auf seiner einjährigen Expedition durch den bundesdeutschen Niedriglohnsektor

diesem Begleitschutz an. Er meldete sich auf eine Anzeige, mit der JOBACTIVE ProduktionshelferInnen „für einen renommierten Kunden in Berlin“ suchte. Der „renommierte Kunde“ war der Leverkusener Multi. Es handelte sich bei dem Job in der Berliner Antibabypillen-Produktion von BAYER SCHERING zwar nur um Leiharbeit, bzw. um eine Tätigkeit „im Rahmen der Arbeitnehmer-Überlassung“, aber JOB@CTIVE lockte mit einer Festanstel-

lung. „Nutzen Sie Ihre Chance, in unseren Kunden-Unternehmen auf sich aufmerksam zu machen und von ihren Leistungen zu überzeugen“, zitiert Breitscheidel in seinem Buch „Arm durch Arbeit“ aus dem Stellenangebot.

Als Gegenwert für diese Leistung bot JOB@CTIVE 6,24 Euro brutto an. Der zwischen dem „Bundesverband Zeitarbeit“ und dem DGB geschlossene Tarifvertrag sieht eigentlich ein Minimum von 7,38

Euro vor, aber auf eine entsprechende Nachfrage bekam Breitscheidel nur zu hören: „Oh, nein. Wir sind hier im ehemaligen Ostteil der Stadt, und somit gilt der Osttarif“. Dieser Hungerlohn war selbst seinem Vorgesetzten peinlich. Ihm seien jedoch die Hände gebunden, klagte er gegenüber Breitscheidel, seit der Übernahme von SCHERING versuche BAYER die Kosten in der Produktion so massiv zu drücken, dass sein Budget für Neueinstellungen keine tarifliche Bezahlung mehr zulasse. Der Journalist unterschrieb trotzdem. Bis zu seinem Arbeitsantritt dauerte es allerdings noch eine Weile. Anders als bei Festangestellten übernahm BAYER den Gesundheitscheck nämlich nicht selbst, sondern machte einen Termin beim TÜV - und der hatte vorerst keinen frei. Für die Wartezeit gab es dann weder von der Arbeitsagentur Geld, denn dort hatte sich der Leiharbeiter in spe schon abgemeldet, noch vom Chemie-Multi. Da half alles nichts. „Wenn Sie den Vertrag richtig lesen, werden Sie je nach Auftragslage beschäftigt und auch vergütet. Zunächst dachten wir für Sie bereits ab heute einen Auftraggeber zu finden, dass hat sich nun mal auf die nächste Woche verschoben“, erklärte ein JOB@CTIVE-Vermittler und spendete Trost: „Machen Sie sich keine Sorgen. Das arbeiten Sie doch locker wieder rein. Ein paar Sonder-schichten, und schon ist die Sache vergessen.“

Am Band

Sieben Tage später war es dann soweit. Der Novize erhielt zunächst einmal seine Arbeitskleidung, weiße Hosen und hellgrüne Kittel. Diese machte ihn sogleich als Leiharbeiter kenntlich, denn während die Festangestellten ein BAYER-Logo und ihren Namen auf der Brust tragen, bleibt der Platz bei Breitscheidel und seinen KollegInnen leer. „Die Namenlosen“ heißen sie deshalb im Firmen-Jargon. Aus der Kleiderkammer ging es anschließend durch die Sicherheitsschleuse. Bis zu einer dreiviertel Stunde dauerte die Prozedur - als Arbeitszeit rechnet der Pharma-Riese sie bei Externen wie Breitscheidel allerdings nicht an. Auch für den Kaffee zahlen die ZeitarbeiterInnen mehr als die Stammbeslegschaft, 90 statt 20 Cent. Nicht nur beim Lohn allein zeigt sich also der Unterschied.

Gleich ist bloß die Arbeit. Im Vier-Schichten-System fährt der Multi in Berlin die Produktion seines Bestsellers, der Antibiotikabypille YAZ. Markus Breitscheidel musste



Die Berliner Niederlassung von BAYER SCHERING

die Hormonpräparate in verschiedenen Positionen am Fließband „eintüten“, Beipackzettel, Medikamentenschachteln sowie Kartons zuführen und dabei für einen reibungslosen Ablauf sorgen. „Denn wenn hier wirklich nur eine einzige Pille verloren geht, ist die Hölle los“, warnte ihn sein Chef. Das immense Arbeitstempo machte das für den Undercover-Arbeiter zu einem schwierigen Unterfangen. Zu Anfang hatte er seinen Arbeitskittel schon nach einer Stunde durchgeschwitzt und Schmerzen im Rücken und in den Beinen. Trotzdem erhöhte BAYER im Laufe seiner Leiharbeiter-Zeit noch einmal die Frequenz. 30 Paletten YAZ pro Schicht statt 25 lautete plötzlich die Ansage. Und nach den 7,5 Stunden Maloche kam Breitscheidel auch nicht zur Ruhe, weil der ständige Wechsel zwischen Früh-, Spät- und Nachtschicht seinen Biorhythmus gehörig durcheinander wirbelte.

Am Band hat sich das Verhältnis von LeiharbeiterInnen zu Festangestellten mittlerweile umgekehrt. Waren die „Namenlosen“ zunächst nur bei Produktionsengpässen im Betrieb - wie es auch im Sinne der ErfinderInnen war -, so bilden sie mittlerweile die Mehrheit. Möglich gemacht hat dies die „Hartz-Reform“ des „Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes“, welche die Befristung der Leiharbeit aufhob. Da die prekär Beschäftigten nun nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind, können sie auch die von JOB@CTIVE in Aussicht gestellte Chance nicht nutzen, „in unseren Kunden-Unternehmen auf sich aufmerksam zu machen“ und auf diese Weise einen festen Vertrag zu ergattern. Gerade mal einem ist dieses Kunststück laut Breitscheidel gelungen - und das auch nur über Beziehungen. Die Mannschaftsstärke der ZeitarbeiterInnen ist selbst der Führungsetage nicht so ganz geheuer. Als sich einmal hoher Besuch aus Leverkusen ansagte, mussten Breitscheidel und seine LeidensgenossInnen schnell verschwinden. Dabei ist unter den

„überlassenen ArbeitnehmerInnen“ so mancher alter Bekannter. „Ich habe es in den letzten Jahren häufig erlebt, dass eingearbeitete Kollegen gehen mussten und nach kurzer Zeit als Leiharbeiter an den Arbeitsplatz zurückkamen“, erzählt Breitscheidels Vorarbeiter von seinen Erfahrungen mit dem Strukturwandel im Berliner Werk, dem 950 feste Stellen zum Opfer fielen.

Kafkaeske Lohnpolitik

Die neuen alten Kollegen verloren durch diesen Drehtür-Effekt mehr als die Hälfte ihres früheren Entgelts. Bekamen sie früher 17,50 Euro brutto pro Stunde plus Schicht- und Feiertagszulagen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, so müssen sie sich nunmehr mit höchstens 7,38 Euro begnügen und auf sämtliche Zulagen verzichten. Die nach unten hin offene Lohnskala bietet aber noch Abgründigeres, denn selbst unter den Ungleichen gibt es noch Ungleichere. Je nachdem, mit welchem Personaldienstleister BAYER Verträge abgeschlossen hat, variieren die Niedriglöhne von 5,20 Euro bis 7,38 Euro. Und „Ganz unten“ befinden sich diejenigen, die jeden Tag bis eine Viertelstunde nach Schichtbeginn warten, um eventuell einzuspringen, und unverrichteter Dinge wieder heimfahren, wenn kein Bedarf nach ihrer Arbeitskraft besteht. „Das ist extrem traurig“, sagt Boris Loew von der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE im SWB-Interview über das Los dieser TagelöhnerInnen. Sie gehören jedoch nicht zu den Einigen bei BAYER, die ohne Lohn-Aufstockung von Staats wegen nicht über die Runden kommen.

Dafür sorgt in besonderer Weise die „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen“ (CBZP). Sie tauchte passend zur Novelle des „Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes“ auf der politischen Bildfläche auf und schloss mit den Zeitarbeitgebern unterirdische Tarifverträge ab. Die



Demo gegen Job-Streichungen bei BAYER SCHERING

Organisation verweist auf eine Mitgliederzahl von 280.000. Daran - und damit auch an ihrer unabhängigen Finanzierung - sind aber einige Zweifel angebracht. „Ich wüsste keinen, der da Mitglied ist“, so Boris Loew. Ob es sich bei der CBZP überhaupt um eine richtige Gewerkschaft handelt, klärt in der Hauptstadt nach einer Klage von VER.DI und Berliner Senat gerade ein Arbeitsgericht. Einstweilen

trägt sie bei BAYER SCHERING aber noch zu dem bei, was Breitscheidel in seinem Buch „kafkaeske Tarifverhältnisse“ nennt und den Grundsatz „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ desavouiert, obwohl im Antibypillen-Betrieb Profitverhältnisse wie aus Tausendundeiner Nacht herrschen. Eine Milliarde Euro Umsatz machte der Leverkusener Multi im Geschäftsjahr 2007 mit YAZ & Co..

Und die Gewerkschaften?

„Aber ihr habt doch einen Betriebsrat, der müsste das doch eigentlich verhindern!“, entgegnet Breitscheidel dem Kollegen, der ihm BAYERS prekarisierende Personalpolitik beschrieben hatte. „Wir Kleinen an der Basis können auf den nicht bauen“, bekommt er zur Antwort. In der Tat tut sich die Gewerkschaft schwer mit den ZeitarbeiterInnen - und sie hat es auch schwer. Die „überlassenen ArbeiternehmerInnen“ gehören nämlich rechtlich nicht zu BAYER SCHERING. Der für sie zuständige Arbeitgeber ist die jeweilige Zeitarbeitsfirma. Beim Leverkusener Multi dürfen die „Namenlosen“ weder an Betriebsversammlungen teilnehmen noch streiken. Auch über die bestehenden Mitbestimmungs- und Mitwirkungsregelungen können die Gewerkschaften den Sta-

tus der ca. 730.000 LeiharbeiterInnen in der Bundesrepublik, die in der Industrie mittlerweile auf einen Anteil von 10 bis 12 Prozent an der Gesamtbelegschaft kommen, kaum verändern. „Das gilt besonders dann“, konstatiert der DGB in seiner Erklärung zu „Betriebsräte und Leiharbeit“, „wenn große Unternehmen eigene Leiharbeitsfirmen gründen, um etwa befristete oder entlassene ArbeitnehmerInnen zu oft wesentlich schlechteren Konditionen wieder einzustellen“ - wenn sie also dem Modell BAYER folgen. Es gibt jedoch auch Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Gewerkschaften. So heißt es in dem DGB-Statement etwa: „Dabei setzt ein Teil der Arbeitnehmervertretungen auf den mäßigen Einsatz von Leiharbeit als ‚Personalpuffer‘, um so die Beschäftigung der Stammbesellschaft zu stabilisieren“. Diese Konzentration auf die Kernbelegschaften zuungunsten prekär Beschäftigter ist nicht nur beim Thema „Leiharbeit“ zu beobachten und scheint selbst in den Interview-Aussagen Loews durch. So echauffiert sich der IG-BCE-Sekretär zwar über die Praktiken beim Leverkusener Multi und tobt: „Verantwortung wird ausgegliedert“ oder: „Reine Erpressung findet mal wieder statt“, gleichzeitig erklärt er jedoch die

KRITIK POLITIK FEMINISMUS
AUF
EINE FRAUENZEITSCHRIFT

Naturwissenschaftlerinnen: Hedy Lamarr, Frequenzsprungverfahren | Laura Bassi, Mathematik & Physik



Berta Scharrer, Biologin, Neuroendocrinologie | Marie-Louise Bourgeois, Hebamme & Chirurgin

4 Schwerpunktheft im Jahr mit Info-Beilage

Jahresabo Österreich 19 Euro | Europa 23 Euro

Kleeblattgasse 7
 1010 Wien
 ☎+43/1/533 91 64

www.auf-einefrauenzeitschrift.at
auf@auf-einefrauenzeitschrift.at



Chemie-Gewerkschaft im Falle der LeiharbeiterInnen für nicht zuständig. „Wir werden von unseren Mitgliedern bezahlt“, stellt Loew fest. Er sieht allerdings Anzeichen eines Bewusstseinswandels, weil die Einzelgewerkschaften ihre abwartende Haltung gegenüber den Auswärtigen ablegten. Davon zeugt auch die Äußerung des IG-BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt in der *Faz*: „Was wir derzeit erleben, ist, dass die Möglichkeit von Leiharbeit benutzt wird, um feste Beschäftigungsverhältnisse zu umgehen. Und das ist nicht der Sinn der Leiharbeit“. Nicht zuletzt deshalb gibt sich Boris Loew trotz des steinigen Weges, der noch vor den Gewerkschaften liege, zuversichtlich: „Ich denke schon, dass sich da etwas ändern wird“.

BAYER dementiert

BAYER hingegen sieht keine Notwendigkeit für Veränderungen. Wo selbst der mit den Erfahrungen Breitscheidels konfrontierte Hardcore-Hartzler Wolfgang Clement vor den Geistern, die er gerufen hatte, erschrak: „Also wenn es so ist, wie es hier dargestellt ist, ist es völlig unakzeptabel“, da sah der Pharma-Riese alles im grünen Bereich. „Diese Vergütung ist arbeitsmarktüblich und entspricht dem

Tarifvertrag des Bundesverbandes Zeitarbeit, Tarif Ost, der für Berlin insgesamt angewendet wird“, behauptete der Konzern in seiner Stellungnahme zu einer „Hart aber fair“-Sendung, in der Breitscheidel zu Gast war. Der Global Player stritt schlichtweg ab, reguläre Arbeitskräfte durch ZeitarbeiterInnen zu ersetzen. Angeblich greift er nur bei „konjunkturellen Spitzen“ auf die „Namenlosen“ zurück. Nicht mehr als 650 will das Unternehmen zur Zeit beschäftigen, in Berlin 210, davon ca. 80 in der Produktion. Ihr Verdienst bewegt sich laut BAYER zwischen 1.050 und 8.000 Euro. Tatsächlich hat der Multi einige Luxus-LeiharbeiterInnen in seinen Reihen, weil er zu allem Unglück auch noch hoch qualifizierte Arbeit - beispielsweise in der Forschung & Entwicklung - ausleiht und dafür in den USA mit dem Personaldienstleister MEDSEARCH zusammenarbeitet, aber auf 8.000 Euro monatlich kommt nur ein äusserst kleiner Teil der so Beschäftigten.

IG Metall klagt

So ganz spurlos ist jedoch die Diskussion über Breitscheidels Recherchen nicht an BAYER vorbeigegangen. Bis auf Weiteres gilt nun: Gleicher Kaffeepreis für ungleich Beschäftigte! Der Leverkusener Multi ver-

langt den Namenlosen jetzt nicht mehr 90 Cent für eine Tasse ab, während Festangestellte nur 20 Cent zahlen müssen. Bis zu „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ dürfte es aber noch lange dauern, auch wenn die IG METALL dem Konzern Beine machen will. Die Gewerkschaft verklagte den Pillen-Produzenten gemeinsam mit Markus Breitscheidel wegen der Bezahlung mit 6,42 Euro pro Stunde. „Das ist ein klarer Verstoß gegen den Tarifvertrag“, sagte Breitscheidel zur Begründung. Aber nicht nur bei den Leih-, sondern auch bei den Emissären von Fremdfirmen besteht womöglich juristischer Handlungsbedarf. Nach Beobachtungen der KOLLEGEN UND KOLLEGINNEN FÜR EINE DURCHSCHAUBARE BETRIEBSRATSARBEIT, einer alternativen Gewerkschaftsgruppe bei BAYER, haben diese Beschäftigten nämlich genau denselben Status im Betrieb wie Feste und LeiharbeiterInnen, obwohl die Fremdfirmen gar keine Lizenz zur Arbeitnehmer-Überlassung haben. Allein auf rechtlichem Wege jedoch lässt sich die Lage der Prekären nicht grundlegend verbessern. Deshalb wird die namenlose industrielle Reservearmee wohl noch einige Zeit das bleiben, was Breitscheidel „das Phantom der neuen Arbeitswelt“ nennt.



Das Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur

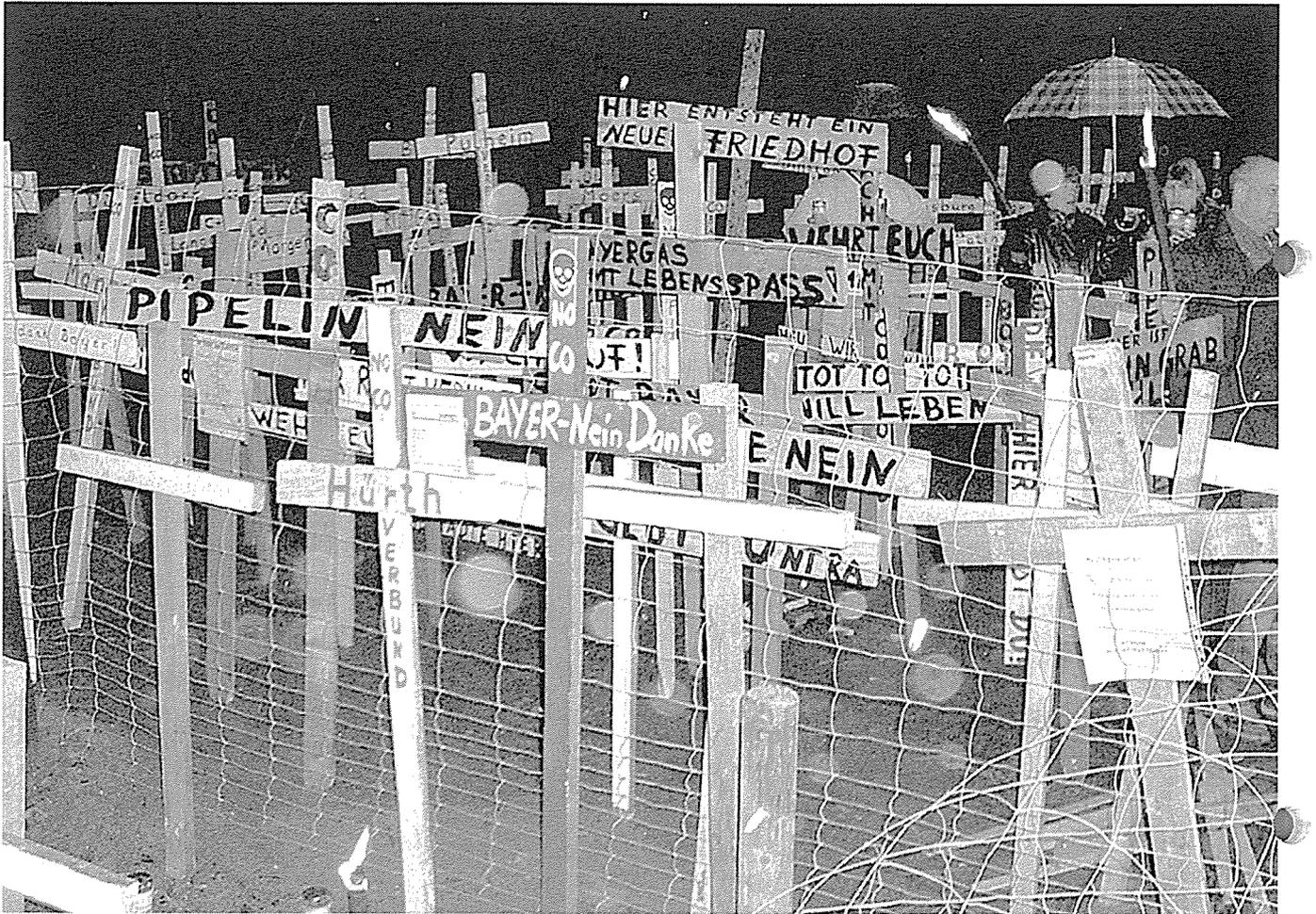
■ Tatsachen und Hintergründe zum Thema Neofaschismus ■ Informationen zur Geschichts- und Gedenkstättenarbeit ■ Berichte über antifaschistische Aktivitäten im In- und Ausland ■ Interessantes aus den VVN-BdA-Mitgliedsorganisationen ■ 4-seitiges «Spezial» zu Schwerpunktthemen ■ Umfangreicher Kulturteil mit Rezensionen zu aktuellen Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt, zu Filmen und Ausstellungen ■ Interviews, Kommentare, Biografien

antifa

»antifa« erscheint alle zwei Monate, Umfang: 48 Seiten, Preis je Heft: € 2,00, ermäßigt für Schüler, Lehrlinge und Studenten € 1,00, im Abonnement € 12,00 bzw. € 6,00, Bestellungen unter Tel.: 030-29 78 41 75, Fax: 030-29 78 41 79, Internet: www.vvn-bda.de, mail: antifa-redaktion@vvn-bda.de, Sitz der Redaktion: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Nachgebesserte Pipeline-Genehmigung:

„Entscheidende Fragen nicht beantwortet“



Stiller Pipeline-Protest

Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte BAYERS Pipeline-Projekt im Dezember 2007 das Allgemeinwohl abgesprochen. Deshalb erlaubte es zwar den Weiterbau, nicht aber die Inbetriebnahme der zwischen den Standorten Krefeld und Dormagen geplanten Kohlenmonoxid-Leitung. Die Bezirksregierung musste jetzt den Bedenken der RichterInnen in einem Planergänzungsverfahren Rechnung tragen. Im Oktober 2008 legte sie die Nachbesserungen vor.

Von Philipp Mimkes

Die Bezirksregierung hat sich lange Zeit gelassen für die Nachbesserung des Planfeststellungsbescheids zu der CO-Pipeline und sogar ursprünglich anberaumte Veröffentlichungstermine verstreichen lassen.

Es machte allerdings auch viel Arbeit, der Kohlenmonoxid-Leitung etwas dem Allgemeinwohl Dienendes zu bescheinigen. Zu viel. Die entscheidende Frage bleibt nämlich auch nach der Ergänzung des Planes

weiterhin offen: Warum baut BAYER MATERIAL SCIENCE nicht am Standort Uerdingen eine moderne CO-Produktionsanlage? Dadurch ließe sich die Gefährdung der Bevölkerung entlang der Pipeli-



Pipeline-Protest auf der BAYER-Hauptversammlung

ne-Trasse vollständig vermeiden und zudem die Umwelt entlasten.

In Krefeld-Uerdingen setzt BAYER für die Kohlenmonoxid-Herstellung eine veraltete und energieintensive Technik ein. Im November 2006 musste die Anlage nach einem Brand wochenlang stillgelegt werden. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordert deshalb den Bau eines modernen Steam Reformers zur CO-Produktion in Krefeld-Uerdingen und den Verzicht auf den Betrieb der Pipeline.

In dem am 15. Oktober vorgelegten Planfeststellungsbescheid hingegen heißt es: „Am Standort in Krefeld-Uerdingen fällt

Dem Bau der Pipeline liegen ausschließlich privatwirtschaftliche Interessen zu Grunde.

allerdings im Rahmen der dortigen chemischen Produktionsprozesse kein Kohlendioxid in den für die CO-Herstellung erforderlichen Mengen an“. Dies ist eine glatte Falschaussage: Laut europäischem Schadstoffregister EPER emittiert BAYER am Standort Krefeld 1,15 Mio. Tonnen CO₂. Dies ist rund 20 mal so viel, wie für die CO-Produktion benötigt würde. BAYER-VertreterInnen argumentieren hingegen, das in Krefeld anfallende CO₂ habe nicht die notwendige Reinheit. Tatsächlich ist eine CO₂-„Waschung“ aber preisgünstig und technisch kein Problem.

Geradezu eine Unverschämtheit stellt das im Planfeststellungsbescheid geäußerte Argument dar, der „Bau eines Steam Reformers in Uerdingen sei unwirtschaftlich, da die Kapazitäten in Dormagen schon errichtet wurden“. Tatsächlich wurde der Vertrag zwischen den Firmen BAYER und LINDE zur Versorgung des Krefelder Werks von Dormagen aus bereits im Dezember 2004 geschlossen – also ein Jahr bevor das entsprechende Gesetz zum Bau der Pipeline beschlossen wurde und mehr als zwei Jahre vor Erteilung der Baugenehmigung. Den Aufbau der Produktionskapazitäten in Dormagen ohne Genehmigung des Baus der Pipeline kann der Leverkusener Multi nun nicht nachträglich als Argument für deren Genehmigung anführen!

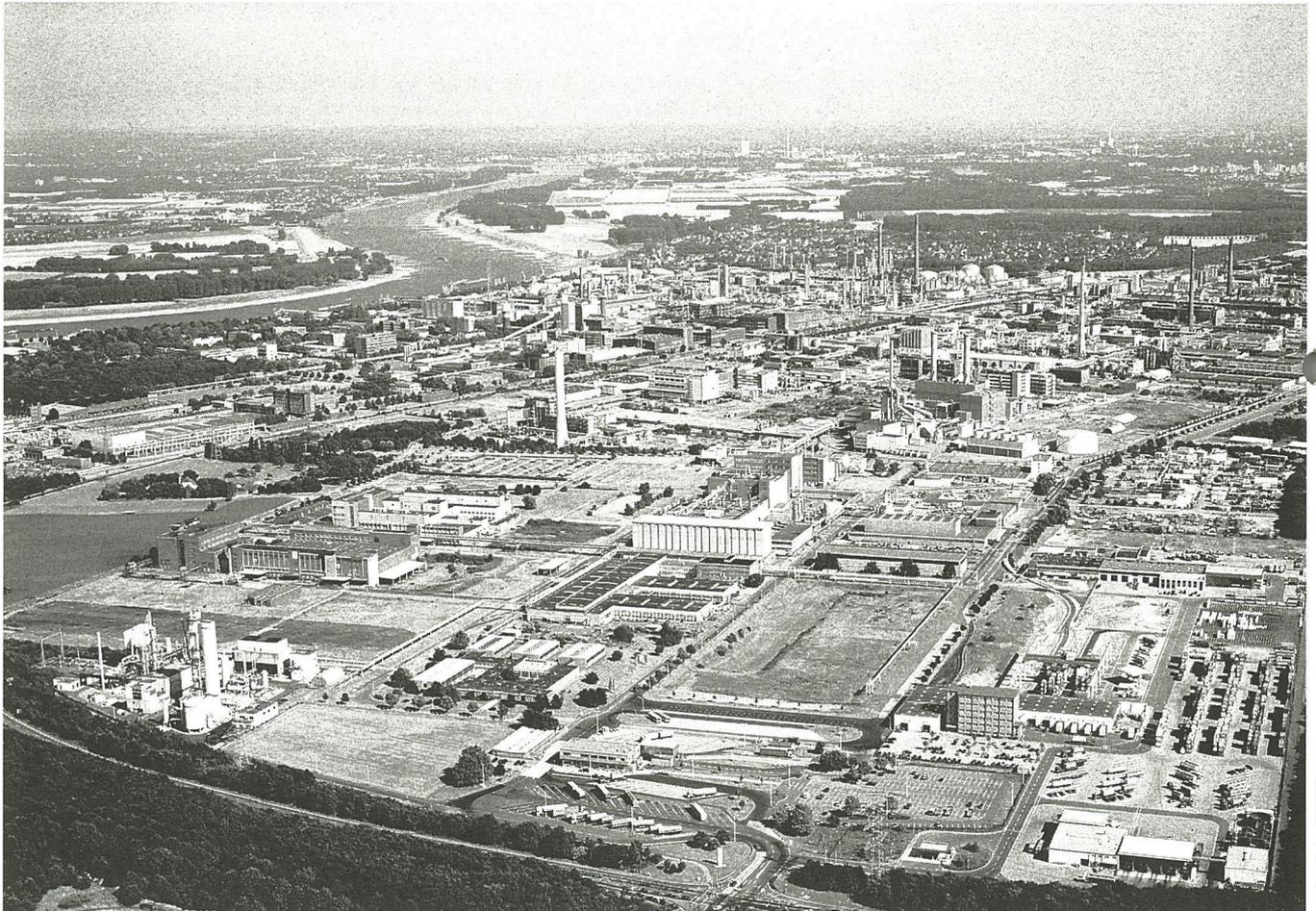
Auch die von BAYER verweigerte Arbeitsplatz-Garantie für die Uerdingener Belegschaft kritisiert die CBG: „Die Drohung des Konzerns, im Fall einer verweigerten Betriebsgenehmigung 150 Arbeitsplätze zu vernichten, ist schäbig. Wir haben im vergangenen Jahr erlebt, dass BAYER MATERIAL SCIENCE trotz eines Rekordgewinns von über einer Milliarde Euro rund 1.500 Stellen wegrationalisiert hat“, so Mimkes weiter. Nach Auffassung der Coordination liegen dem Bau der hochgefährlichen Leitung ausschließlich privatwirtschaftliche Interessen zu Grunde. Das Allgemeinwohl kommt nur ins Spiel, weil die für den Bau notwendigen Enteignun-

gen nur auf diese Weise vor Gericht zu rechtfertigen sind. Bei der nun vorgelegten Überarbeitung des Planfeststellungsbeschlusses wurde die Öffentlichkeit abermals nicht beteiligt. Dabei wurden vorgeblich auch alternative Routen geplant – wenig glaubwürdig angesichts der bereits weitgehend fertiggestellten Pipeline.

„Es ist inakzeptabel, dass sich Landes- und Bezirksregierung vollständig in den Dienst von BAYER stellen. Angesichts der Vielzahl von Chemie-Unfällen in jüngster Zeit – auch an Pipelines! – muss die Sicherheit der Bürger wieder in den Vordergrund rücken. Das Prinzip, dass Gefahrstoffe nur am Ort ihrer Verwendung produziert werden, muss unbedingt erhalten bleiben“, so Axel Köhler-Schnura von der CBG. Ob die Gerichte das ähnlich sehen oder aber grünes Licht für die Inbetriebnahme geben, entscheidet sich in den kommenden Monaten.

Erweiterung der Plaste-Produktion

Nebenwirkung: Phosgen



Quelle: Foto BAYER

Mehr Phosgen aus Dormagen?

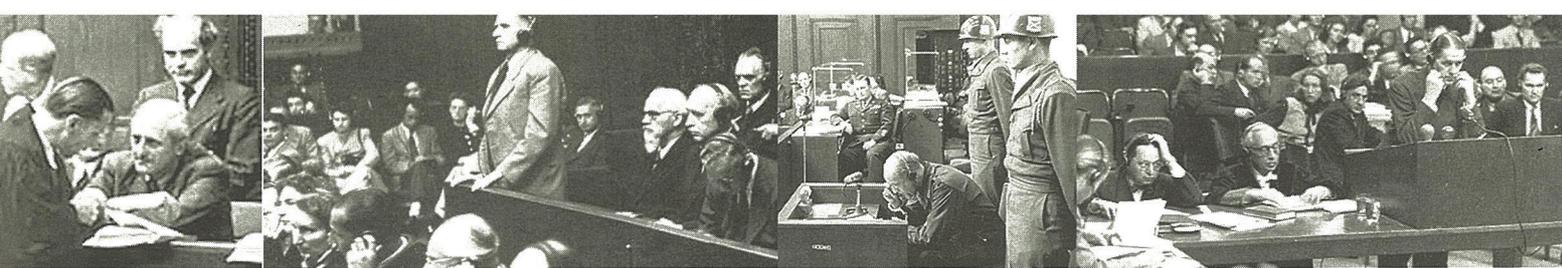
Anfang Oktober kündigte der BAYER-Konzern an, die Herstellung der Kunststoffe Polyurethan und Polycarbonat auszuweiten. Hiermit verbunden wäre eine drastische Erhöhung der Produktion von Phosgen, einem tödlichen Atemgift. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordert BAYER dagegen auf, Phosgenersatz-Verfahren zur Serienreife zu bringen, um die Risiken für AnwohnerInnen und Belegschaft zu verringern.

Von Philipp Mimkes

BAYER kündigte Anfang Oktober 2008 an, in den Werken Dormagen und Brunsbüttel die Herstellung von Toluylendiisocyanat (TDI) stark auszuweiten. Im Werk Krefeld-Uerdingen will das Unternehmen zusätzlich die Produktion von Polycarbonat steigern. In Shanghai/China entsteht derweil eine komplett neue TDI-Anlage.

In Dormagen soll die TDI-Produktion auf jährlich 300.000 Tonnen verfünffacht werden, im Werk Brunsbüttel sollen statt 160.000 bis zu 400.000 Tonnen hergestellt werden. Beide Erweiterungen hat der Konzern noch nicht bei den Behörden beantragt. Anders sieht es bei der TDI-Anlage in Shanghai aus, die auf eine Jah-

reskapazität von 250.000 Tonnen ausgelegt ist und sich bereits im Bau befindet. Allerdings brach im November 2008 die Nachfrage nach Kunststoffen weltweit ein. Der Leverkusener Multi reagierte mit der Ankündigung, die Investition in Brunsbüttel zu überprüfen. Momentan ist nicht abzusehen, welche Projekte die aktuelle



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++



Im langen Schatten des Kalten Krieges

Die Historiker Dietrich Eichholtz und Janis Schmelzer erinnern an den Nürnberger Nachfolgeprozess gegen die IG FARBEN, der vor 60 Jahren endete.

Schon im Ersten Weltkrieg erhoben sich weltweit Stimmen, welche die Bestrafung der Kriegsschuldigen und die Ahndung von Kriegsverbrechen forderten. Auf der ursprünglichen Kriegsverbrecherliste der Alliierten mit 900 Namen von 1920 stand damals auch Fritz Haber, der als führender deutscher Chemiker zusammen mit den später zur Interessen-Gemeinschaft (IG) FARBEN gehörenden Großfirmen BAYER, BASF und HOECHST Giftgas für den Krieg entwickelt und den mörderischen Gaskrieg an der Front durchgesetzt hatte. Die

Versuche, auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages deutsche KriegsverbrecherInnen gerichtlich zu verfolgen, schlugen jedoch mit geringfügigen Ausnahmen fehl, auch im Fall Haber. Zwölf Jahre Nazidiktatur und der von Deutschland entfesselte Eroberungs-, Rassen- und Vernichtungskrieg forderten Dutzende Millionen Opfer. Der Ruf nach Bestrafung der Verantwortlichen für das Unheil, das die Deutschen unter Hitlers Führung über die Welt brachten, erfasste große Teile der Weltbevölkerung, besonders in den

Ländern, die im Krieg unter deutsche Herrschaft geraten waren. Das dringende Bedürfnis der Menschheit, sich vor menschenfeindlichen Regimen, vor Krieg und Völkermord zu schützen, verlangte und verlangt nach neuen Formen internationalen Rechts und internationaler Politik. Das bei Kriegsende von den vier Alliierten eingesetzte Militärtribunal und die vom Alliierten Kontrollrat ausgearbeiteten völkerrechtlichen Richtlinien stellten in dieser Beziehung einen historischen Fortschritt dar. Die Gelegenheit, die deutsche Groß-



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

industrie und das Bankwesen in den Hauptkriegsverbrecherprozess einzubeziehen, ließ sich der Internationale Militärgerichtshof 1945 entgehen, nachdem Gustav Krupp wegen Altersmorbidity nicht auf die Anklagebank zu bringen war. Schon während dieses Prozesses bestimmte der Kalte Krieg allmählich mehr und mehr die internationale Politik, und die britische und US-amerikanische Linie der Schonung der deutschen Industriellen und Militärs setzte sich in den nachfolgenden Kriegsverbrecherprozessen, die von den westlichen Alliierten jeweils einzeln geführt wurden, immer stärker durch.

IG FARBEN in Nürnberg

Der Prozess der Vereinigten Staaten von Amerika gegen 24 angeklagte Hauptvertreter der IG FARBEN AG, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende Carl Krauch und alle 19 Vorstandsmitglieder, ein in der Geschichte bis dahin beispielloses Verfahren gegen einen der weltweit größten Konzerne, begann nach einigen Vorverhandlungen am 27. August 1947 im Nürnberger Justizpalast und endete mit der Urteilsverkündung am 29./30. Juli 1948. Die Sammlung des Anklagematerials begann unmittelbar nach der Besetzung Deutschlands, behindert durch die Vernichtung vieler belastender Akten schon vor Kriegsende, durch die Verschleppung und das Verstecken von Material durch IG-MitarbeiterInnen, aber auch durch die Verweigerungshaltung alliierter Stellen. Andererseits gelang es in der verbleibenden Zeit, bisher unentdecktes Beweismaterial zu finden, darunter solches über den Fall Auschwitz. Vor Gericht war die Anklagevertretung ausgezeichnet vorbereitet. Ihr ungeheures, in 95 Dokumentenbüchern aufbereitetes, in das Verfahren eingeführte Beweismaterial überragte das der übrigen Nachfolgeprozesse bei weitem. Und trotzdem gelangten die drei amerikanischen Richter zu einem skandalös milden, in entscheidenden Punkten geradezu exkulpatorischen Urteil: Zehn Angeklagte

wurden freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen zwischen anderthalb und acht Jahren verurteilt; von diesen wurden weitere sieben sofort, zwei weitere nach wenigen Monaten freigelassen, darunter der Vorstandsvorsitzende Hermann Schmitz. Die Übrigen kamen alle bis zum Beginn der fünfziger Jahre frei. Inzwischen war der Kalte Krieg das dominierende Thema in den US-amerikanischen politischen Kreisen geworden. Die engagierten antifaschistischen Kräfte in der Untersuchungs- und Anklagebehörde hatten dagegen bereits seit geraumer Zeit an Boden verloren. Sie mussten sich sogar gegen Vorwürfe des (jüdischen) „Rassismus“ und der Neigung zum Kommunismus verteidigen; Vorwürfe, die aus politischen und militärischen Kreisen in den USA kamen.¹ Außerdem standen der kleinen Gruppe von zwölf AnklägerInnen unter Josiah DuBois, dem Stellvertreter des US-Hauptanklägers Telford Taylor, etwa 60 SpitzenvertreterInnen der westdeutschen Anwaltschaft mit all ihren Hilfskräften als Verteidiger gegenüber, die seit dem Hauptkriegsverbrecherprozess und dem unmittelbar vor dem IG-Prozess abgeschlossenen Verfahren gegen den FLICK-Konzern eine raffinierte Verteidigungsstrategie aufgebaut hatten und denen das Gericht nur allzu willig sein Ohr lieh. Eidesstattliche Erklärungen für den Prozess reichten die Verteidiger fast sechsmal so viele ein wie die Anklagevertreter; auch die vor Gericht vernommenen Zeuginnen der Verteidigung übertrafen die der Anklage.

Die damaligen Auseinandersetzungen wirken bis heute fort. In Deutschland lehnt man „Nürnberg“ insgesamt noch heute weitgehend als „Siegerjustiz“ ab – nicht nur mit der geballten Meinungsmacht der Stammtische, sondern zum Beispiel auch mit der gelenkten Meinungsmache der GegnerInnen der „Beschmutzung“ der „sauberen Wehrmacht“ und der Waffen-SS und der Stimmungsmache gegen die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen

durch die deutsche Wirtschaft.

Eine der bedauerlichsten und schwerwiegendsten Folgen dieser Verdrängung ist die Tatsache, dass die Anklageschrift und die Masse der im IG-FARBEN-Prozess vorgelegten Dokumente nur in wenigen Archiven verfügbar und in keiner Weise ausreichend publiziert sind. Wer hier Abhilfe schaffen wollte, hat nicht nur mit den üblichen Schwierigkeiten, sondern auch mit starken Gegeninteressen zu kämpfen.

Crime against peace

Für die Anklagebehörde galt als der wichtigste und besonders gründlich zu belegende Anklagepunkt das Verbrechen gegen den Frieden (Crime against Peace; Conspiracy and Aggression – unter Punkt I und IV behandelt), das heißt, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Angriffskriegen und Invasionen anderer Länder. Seit Installierung des Hitler-Regimes herrschte Einigkeit unter den reaktionärsten, aggressivsten Kreisen der herrschenden Eliten über die Wiedereroberung alles nach dem Ersten Weltkrieg Verlorenen und über eine erneute Verfolgung mehr oder weniger großer Teile des Kriegszielprogramms aus dem Ersten Weltkrieg, darunter zunächst die Schaffung eines „mitteleuropäischen Großraums“ unter deutscher Führung. Die Anklage führte eine höchst eindrucksvolle Kette von frühen dokumentarischen Beweisen für die Beteiligung der IG FARBEN am Verbrechen gegen den Frieden vor:

– die Vereinbarung des Vorstandschefs Carl Bosch (gest. 1940) durch seine Abgesandten Heinrich Bütetisch und Heinrich Gattineau, beide im Prozess unter den Angeklagten, mit Hitler im Juni 1932. Den IG-Vertretern wurde versichert, unter einem künftigen Hitler-Regime werde man die technisch gerade erst ausgereifte IG-Synthese von Treibstoff aus Kohle nicht nur retten, sondern für die Wiederaufrüstung und die Führung künftiger Kriege



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911.
 Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlich unververtretbaren Kosten in großem Stil fördern. Im Juli beschloss daraufhin der IG-Vorstand die Weiterführung der Arbeiten an der Treibstoffsynthese;

– die Denkschrift des BOSCH-Vertrauten Carl Krauch vom 15. September 1933 für Erhard Milch, Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, über die Treibstoff-Situation, besonders über die Sicherstellung des Treibstoffs für Görings im Aufbau befindliche, bisher verbotene Luftwaffe, natürlich „unter maßgeblicher Beteiligung des Hydrierverfahrens“;

– die im Dezember 1933 abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Reichswirtschafts- und dem Reichsfinanzministerium über die staatliche Abnahme- und Profitgarantie für die Großproduktion von synthetischem IG-Treibstoff in Leuna (Feder-Bosch-Abkommen).

Carl Bosch stand nach eigener Aussage während des Frühjahrs/Sommers 1933 wochenlang „in Berlin in unmittelbarer Verbindung mit der Regierung“; er berichtete seinen amerikanischen Freunden, dass Hitler selbst während dieser Zeit „die Industrieführer zu Rate zog“. ² In kürzester Zeit baute die IG enge Beziehungen zu den maßgeblichen Stellen der neuen Regierung auf, insbesondere zum Reichswehr- und zum Reichsluftfahrtministerium. Als im März 1935 unter Bruch des Versailler Vertrags die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, lag diesen Stellen bereits eine ausführliche, erst später von der DDR-Forschung entdeckte Denkschrift der IG über die „Militarisierung der Wirtschaft“ als Arbeitsgrundlage für den industriellen „Rüstungsbeirat“ des Reichswehrministeriums vor. Darin legte der Konzern die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg für eine Wirtschaftsorganisation „zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg“ dar und forderte insbesondere ein drakonisches Regime der „Wehr-

wirtschaft“ über den ihr im Kriegsfall zur Verfügung zu stellenden „letzten Mann und die letzte Frau“.

Am 2. September 1935 schuf die IG für ihre außerordentlich vielfältige Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und staatlichen Stellen die „Vermittlungsstelle W“ in Berlin, nach eigenem Verständnis „eine straffe Rüstungsorganisation in der IG“. Im Kriegsfall sollte sie die Rüstungsanforderungen für den ganzen Konzern verantwortlich regulieren „ohne irgendeinen organisatorischen Einfluß von außen“. ³ Als Chef leitete die „Vermittlungsstelle W“ Carl Krauch selbst, Boschs engster Vertrauter.

Es stellte sich in kurzer Zeit heraus, dass, so viele Wirtschaftsunternehmen inzwischen auch für die Rüstung arbeiteten, einzig die IG FARBEN eine Palette von Produkten herstellte oder herzustellen in der Lage war, ohne die ein aussichtsreicher Krieg nicht zu führen war: Mineralöl und Ölderivate (synthetisch), synthetischer Kautschuk, bestimmte Leichtmetalle (Magnesium), wichtigste Grundstoffe für Pulver, Sprengstoffe und Giftgas. Diese bisher in Großproduktion in Deutschland nicht hergestellten Produkte zeigten die beispiellose Abhängigkeit der Kriegsvorbereitung und einer künftigen Kriegführung des Regimes von der IG. Sie erwies sich als so stark, dass in der Phase der forcierten Rüstung seit 1935/36 der Konzern die unbestrittene Führungsrolle in der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung einnehmen und in den folgenden Jahren ein beispielloses Größenwachstum aufweisen sollte.

Kriegszurüstungen

Die „Vierjahresplan“-Denkschrift Hitlers vom August 1936 mit der kategorischen Forderung, dass Wehrmacht und Wirtschaft in vier Jahren kriegsbereit zu sein hätten, entstand auf der Grundlage von Daten, die der vom „Führer“ frisch ernannte „Rohstoff- und Devisenkommissar“ Hermann Göring von IG-FARBEN-

Experten erhalten hatte. ⁴ Göring stieg daraufhin zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ auf, einem veritablen Wirtschaftsdiktator. Seine wichtigste Stütze war und blieb der ihm von der IG zur Verfügung gestellte ExpertInnenstab unter Leitung des Angeklagten Carl Krauch, seinerzeit Mitglied des Vorstands und des allmächtigen Zentralaussschusses der IG. De facto trat Krauch seit 1938 in die wichtigsten kriegswirtschaftlichen Vollmachten Görings ein, die er bis Kriegsende bei sich konzentrierte.

Die „Vierjahresplan“-Organisation – ein militärisch-industrieller Komplex, in dem außer der Interessengemeinschaft auch andere bedeutende Rüstungskonzerne (FLICK, Reichswerke, die Flugzeugwerke usw.), höchste Parteistellen und oberste Reichsbehörden integriert waren – befand sich seitdem in den entscheidenden wirtschaftspolitischen Kommandopositionen. Ihren industriellen Kern bildete der IG-FARBEN-Konzern. Bei den um den „Vierjahresplan“ gruppierten Kräften handelte es sich um die Konzentration der kriegsbewussten und kriegsbereiten, eng um die Nazi-führung gescharten Teile der deutschen Eliten. Es war vor allen anderen die ge-nannte IG-ExpertInnen-Gruppe, die ihre wirtschaftlichen Planungen und Zurüstungen für den Krieg systematisch mit kriegsvorbereitenden wirtschaftsstrategischen Arbeiten verknüpfte:

– einer Berechnung und Datierung des vom Standpunkt der wirtschaftlichen Vorbereitungen frühestmöglichen Kriegsbeginns auf Herbst/Ende 1939 im Krauchschen „Schnellplan“ für die Erzeugung von Pulver, Sprengstoffen und chemischen Kampfstoffen vom 13.8.1938;

– den berüchtigten Giftgasdenkschriften von 1938 aus der von Krauch geleiteten „Reichsstelle für Wirtschaftsausbau“ mit der dringenden Empfehlung, im kommenden Krieg im größten Stil Giftgas anzuwenden: Die Gaskriegführung begrün-



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

de eine „überragende Überlegenheit“ der deutschen Wehrmacht und sei „für eine entscheidungsuchende Kriegführung“ geeignet, besonders „gegen geistig nicht hoch stehende, technisch weniger geschulte Armeen“ und für den „Kampf im Hinterland, auch gegen die Zivilbevölkerung“.⁵

Im April 1939 stellte Krauch in einem umfassenden Bericht an den sogenannten Generalrat des Vierjahresplans, d. h. an die Spitzen aller von Görings Vollmacht betroffenen Behörden und Dienststellen, mit großer Eindringlichkeit fest, die „wehrwirtschaftliche Autarkie der Antikomintern-Koalition“, die in dem zu erwartenden Krieg „den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen“ sein müsse, sei nur zu erreichen durch die „Schaffung eines einheitlichen Großwirtschaftsblocks der vier europäischen Antikomintern-Partner“ (Deutschland, Italien, Ungarn, Spanien), „zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen“ und der „seinen Einfluss ausdehnen (müsse) auf Rumänien, Türkei und Iran.“⁶ Diese – durch weitere, neu entdeckte Geheimdokumente aus der Reichsstelle (seit 1939: Reichsamt) für Wirtschaftsausbau und ihrem Umkreis zu ergänzenden – Vorkriegsplanungen der IG-ExpertInnen für eine „Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung“⁷ bezogen sich vorwiegend auf Ost- und Südosteuropa, auf den Vorderen Orient, teilweise auf Südwesteuropa (Spanien) und auf den europäischen „Nordraum“. Sie enthüllen ihren Sinn nur, wenn sie, wie auch verschiedentlich expressis verbis festgehalten, als Vorbereitung und Hintergrund für einen neuen Krieg gegen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges um die deutsche Vorherrschaft in Europa verstanden werden. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten in dem Hauptpunkt des „Crime against peace“ frei, vor allem mit der eher böswilligen als kenntnislosen Begründung, sie hätten alle so „tief unter

der Gruppe“ um Hitler gestanden, dass man ihnen wie jedem „durchschnittlichen deutschen Bürger, sei er Akademiker, Bauer oder Industrieller“, die Kenntnis davon „schwerlich“ hätte unterstellen können, „dass die Beherrscher des Reichs planten, Deutschland in einen Angriffskrieg zu stürzen“.⁸

Raub und Plünderung

„Die IG marschierte mit der Wehrmacht und spielte eine Hauptrolle in Deutschlands Programm, sich durch Eroberung zu bereichern. Sie benutzte ihre technische Sachkunde und ihre Hilfsquellen, um die chemische Industrie und verwandte Industrien Europas zu plündern und auszubeuten, die deutsche Kriegsmaschine zu stärken und die Unterjochung der eroberten Länder unter die deutsche Wirtschaft zu sichern. Zu diesem Zwecke unternahm die IG es, bis in die Einzelheiten gehende Pläne zu entwerfen, anzuregen und vorzubereiten, um mit der Hilfe der deutschen bewaffneten Macht die chemischen Industrien Österreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Norwegens, Frankreichs, Rußlands und anderer Länder zu erwerben.“(Anklageschrift)

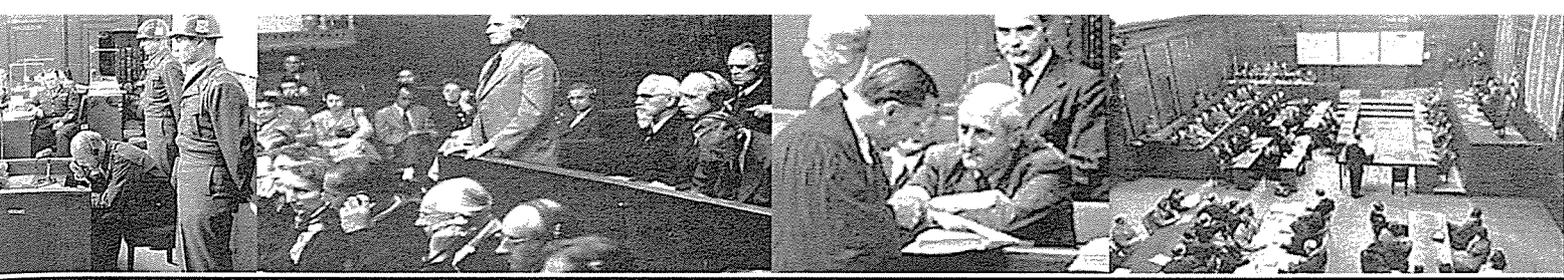
Das Gericht bediente sich zunächst des fragwürdigen, für die Anklagevertretung indessen fatalen grundsätzlichen Arguments, „dass die schuldige juristische Person, nämlich die IG, nicht vor dem erkennenden Gericht steht und in diesem Verfahren nicht den vom Strafgesetz angedrohten Strafen unterworfen werden kann“. Desweiteren lehnte es die Forderung der Anklagevertretung ab, den Anklagepunkt „Raub und Plünderung“ (Punkt II: Spoliation, d. i. Ausraubung von öffentlichem und privatem Eigentum in besetzten Ländern und Gebieten) außer als Kriegsverbrechen auch als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einstufen, womit im besonderen die „Arisierung“ aus dem – vom Kontrollratsgesetz Nr. 10 vorgegebenen – Beurteilungsrahmen fiel. Schließlich schloss es auf Antrag der Ver-

teidigung die Qualifizierung der Ausraubung Österreichs und des Sudetenlandes als verbrecherisch aus, da hier kein Kriegszustand und keine Besetzung durch deutsche Truppen vorgelegen hätten. Immerhin stellte das Gericht in seinem Urteil den verbrecherischen Charakter einiger der wichtigsten Raubzüge der IG fest, besonders:

- der Übernahme bzw. Ausschlichtung der polnischen Farbwerke,
- der Übernahme der Aktienmajorität des größten norwegischen Konzerns NORSK HYDRO, derer die französischen AktionärInnen mit Hilfe der deutschen Regierung und der Besatzungsmacht in Norwegen „unter Druck beraubt“ wurden,
- des Zusammenschlusses der französischen Farben-Industrie unter IG-Diktat in einer neuen Gesellschaft und der Usurpation der Aktienmajorität dieser Gesellschaft unter Bruch der Vorkriegsabkommen zwischen der IG und den französischen Unternehmen. „Unter völliger Außerachtlassung der Rechte der Franzosen hat die IG mit Hilfe von Einschüchterungs- und Zwangsmaßnahmen eine dauernde Majorität in einer neuen Gesellschaft FRANCOLOR erworben, die zu dem Zweck gegründet worden war, die Vermögenswerte der französischen Konzerne zu übernehmen.“

In Bezug auf die Ausraubung der UdSSR exkulpierten die Richter die IG, obwohl ihr weitgehende Pläne für die Beteiligung an dieser Plünderungs- und Spoliationsaktion nachgewiesen worden waren. Diese Pläne hätten aber, so behauptete das Gericht, „niemals das Stadium eines erwiesenermaßen vollendeten Spoliationsaktes erreicht.“ Auch die Position und Tätigkeit der IG in den sogenannten Ostgesellschaften (CHEMIE OST GMBH) und insbesondere in der berüchtigten KONTINENTALE ÖL AG hätten „keine große Bedeutung“ gehabt; ein Spoliationsdelikt





+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

sei nicht nachgewiesen worden. Tatsächlich aber hatte der Konzern schon vor dem Überfall auf die UdSSR nicht nur seinen Anspruch auf die sowjetischen Bunawerke erhoben (von denen später jene in Jefremow und in Woronesh von der Wehrmacht erreicht wurden), sondern auch die KONTINENTALE ÖL AG war unter maßgeblicher Initiative und Mitwirkung der IG schon ein halbes Jahr vorher gegründet worden. Die „Konti Öl“ war ein von Vierjahresplan, Reichswirtschaftsministerium, Großindustrie und Großbanken geschaffener, in globaler Dimension geplanter Konzern, der die nach dem Plan unter deutsche Herrschaft geraten sollen den Erdölressourcen Europas, des Kaukasus und des Nahen Ostens zusammenfassen sollte. In der staatlich-großkapitalistischen Mischstruktur dieses Konglomerates und in seinem Anspruch auf Schaffung eines riesigen eurasischen Erdöl-Imperiums sah der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Franz L. Neumann schon 1942/ 44 den Prototyp einer imperialistischen Maschinerie, welche die Wirtschaft großer Teile der Welt dem Naziregime und dem deutschen Großkapital unterwerfen sollte.⁹ Den maßgeblichen Einfluss auf die neue Gesellschaft übten im Vorstand wie im Aufsichtsrat die DEUTSCHE BANK (H. J. Abs; Karl Blessing) und der IG-FARBEN-Konzern aus (mit Krauch, Bütefisch und E. R. Fischer). Die ersten „Erwerbungen“ der „Konti Öl“ waren rumänische Erdölgesellschaften aus britisch-niederländischem, französischem und belgischem Besitz, in der Sowjetunion Ölquellen von Estland bis zum Kaukasus.

Im Prozessurteil wurden neun Angeklagte des Anklagepunktes für schuldig befunden, bis auf die Vorstandsmitglieder Georg v. Schnitzler und Fritz ter Meer aber nur zu geringfügigen Strafen verurteilt.

Wunschprogramme

Ganz abgesehen davon, dass im Urteil gegen die Hauptvertreter der IG FARBEN

AG vom 29./30. Juli 1948 auch die gesamte expansionistische Südosteuropapolitik des Konzerns unerwähnt blieb, wurde darin überhaupt nur ein kleiner Teil der geschichtlichen Wahrheit über die Kriegsverbrechen des Konzerns sichtbar; nicht relevant für die Richter waren seine buchstäblich weltumspannenden Expansions-, Eroberungs- und Raubpläne. Hierüber hatte die Anklagebehörde eine Fülle erstrangigen dokumentarischen Materials vorgelegt. Die entsprechenden Kenntnisse hat die Geschichtsforschung inzwischen noch erheblich erweitert. Die IG zeigte sich unübertroffen in der Spannbreite ihrer „Wunschprogramme“ und Forderungen und in der Gründlichkeit und Konsequenz, mit der der Konzern hier vorging. Seine „Friedensplanung“ stellt eine der erstaunlichsten, entlarvendsten Dokumentationen in der Geschichte des deutschen Großkapitals und der imperialistischen Ära überhaupt dar. Schon Mitte 1940 trat der Konzern den Behörden gegenüber mit den Plänen einer „Neuordnung“ an, die Hunderte, ja Tausende von Seiten spezifizierter Programme (Plünderung, Übernahme, Majorisierung, Verdrängung) für die Chemieindustrie der europäischen Länder einschließlich Großbritanniens, mitsamt ihren Kolonialreichen, umfassten. Das Reichswirtschaftsministerium, das den Konzern – wie auch andere Großkonzerne, die Reichsgruppen und Wirtschaftsgruppen – um „Übersichten“ und „Anregungen“ für die „künftige Gestaltung“ der europäischen Wirtschaftsordnung ersucht hatte, zeigte sich überwältigt von dessen Reaktion. Die Behörden brachen in begeistertem Lob aus und bescheinigten der IG, dass ihre Friedensplanungen in dem „Wust der sich in Allgemeinheiten verlierenden Eingaben (...) eines der ganz wenigen Dokumente darstellt, das dem Reichswirtschaftsministerium klar formulierte und bis ins letzte durchdachte praktische Vorschläge an die Hand gibt.“¹⁰ Zeichneten die IG-„Länderberichte“ bis ins Detail gewissermaßen die taktische

Kampfführung in den einzelnen Ländern Europas vor, so enthielt der berüchtigte „Allgemeine Teil“, den die IG-Chefs diesen Berichten voranstellten, ihre weltweite, generalstabsmäßige Strategie. Er enthielt die Weltherrschaftsaspirationen der Konzernspitze. Sie forderten bzw. planten darin ausdrücklich, das alte Weltmonopol wieder aufzurichten, das die deutsche Industrie bis 1914 auf führenden Gebieten der Chemie besessen hatte – nunmehr in „modernerer“ Form, auf höherer Stufe, in noch umfassenderem Sinne.¹¹

Sklavenarbeit

Am schwersten gegen die am 27. August 1947 in Nürnberg Angeklagten wog das Verbrechen der Verschleppung, der Versklavung und der Zwangsarbeit von zivilen BürgerInnen der besetzten Gebiete, von Kriegsgefangenen und von Konzentrationslagerhäftlingen, in Arbeitsteilung mit dem Militär- und Terrorapparat des Regimes (Anklagepunkt: Slave labor), verbunden mit ihrer Misshandlung und – bei vielen Zehntausenden – mit ihrer Ermordung. Hier waren die dokumentarischen Beweise und die Aussagen der von der Verteidigung in der Regel übel beschimpften und verleumdeten ZeugInnen so erdrückend, dass das Gericht nicht umhin konnte, fünf der Angeklagten (Krauch, ter Meer, Ambros, Bütefisch, Dürrfeld) zu mehreren (sechs bis acht) Jahren Gefängnis zu verurteilen. Im Verhältnis ist dieses Urteil schon nach dem damaligen Kenntnisstand allerdings besonders skandalös, da allein das Verhalten der IG im Fall Auschwitz nach der Höchststrafe für sämtliche Vorstandsmitglieder – für die direkt Beteiligten jedenfalls die Todesstrafe – verlangt hätte.

Die Erörterungen und Begründungen des Gerichts gerade im Punkt „Slave labor“ erscheinen als der Gipfelpunkt juristischer Spitzfindigkeit, der Verschleierung und Heuchelei. Zunächst hatte das Gericht zwei Unterpunkte der Anklage als



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

nicht genügend begründet zurückgewiesen. Im ersten Fall handelte es sich um die Mitverantwortung der IG für den Massenmord an Juden und anderen KZ-Häftlingen in Massenvernichtungslagern, darunter in Auschwitz, durch das Blausäure-Giftgas Zyklon B, das von einer Gesellschaft namens DEGESCH (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) hergestellt und vertrieben wurde. Diese Gesellschaft befand sich sowohl der Zusammensetzung von Verwaltungsrat und Vorstand nach als auch kapitalmäßig (zu 85 Prozent) in der Hand der IG und der DEGUSSA. Im Verwaltungsrat der DEGESCH besetzte die IG fünf von elf Sitzen, darunter den des Vorsitzenden (in Gestalt des Angeklagten Wilhelm Mann); alle Angeklagten wurden im Urteil freigesprochen. Im zweiten Fall handelte es sich um medizinische Versuche an KZ-Häftlingen mit Pharmazeutika aus dem Konzern, bei denen Häftlinge zum Beispiel mit Fleckfieber infiziert wurden, um die Medikamente zu testen. Das Gericht wies hier ebenfalls das Beweismaterial der Anklage zurück. Es folgte einer Behauptung der Verteidigung, die Angeklagten hätten „berechtigterweise angenommen“ dass in den KZ-Lagern „ein berechtigtes Bedürfnis für diese Medikamente“ bestanden hätte, wie es im Urteil hieß.

Welcher „Notstand“?

Die IG beschäftigte im Jahre 1939 150.000, im Jahre 1942 185.000 und 1944 (Oktober) schließlich rund 240.000 Menschen. Darunter waren 1941 ungefähr 10.000 ZwangsarbeiterInnen, 22.000 im Jahre 1942, 58.000 im Jahre 1943 und 85.000 im Jahre 1944. Für 1945 muss laut Anklagebehörde mit 100.000 Häftlingen und ZwangsarbeiterInnen gerechnet werden – das heißt, ohne die vielen Tausenden von Toten und „Ausgemusterten“. Das ZwangsarbeiterInnen-Programm als Ganzes war nach Meinung des Gerichts den Unternehmern vom Naziregime aufgezungen worden, und die Richter ließen

demzufolge die Schutzbehauptung des „Notstands“ als „Strafmilderungsgrund“ sehr weitgehend gelten. Sie beriefen sich zusätzlich auf das Urteil im FLICK-Prozeß (Fall 5), das den dort Angeklagten in diesem Punkt äußerst weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte. Angeblich war den IG-Verantwortlichen, wenn ihren Betrieben ZwangsarbeiterInnen zugewiesen wurden, „eine dem Sittengesetz entsprechende Wahl“, das heißt, eine Ablehnung der ZwangsarbeiterInnen, wegen der Terrordrohung von Gestapo und Justiz nicht möglich. Zu diesem Urteil im Fall „Slave labor“ legte einer der drei US-amerikanischen Richter, der Hochschuldekan und Rechtsgelehrte Paul M. Hebert, ein ausführliches abweichendes Gutachten vor, in dem er schwere Vorwürfe gegen die massive Begünstigung der Angeklagten erhob. Zeit und Gelegenheit zu Vortrag und Drucklegung gab das Gericht ihm nicht. (Siehe Dokumentenauszug S. 11)

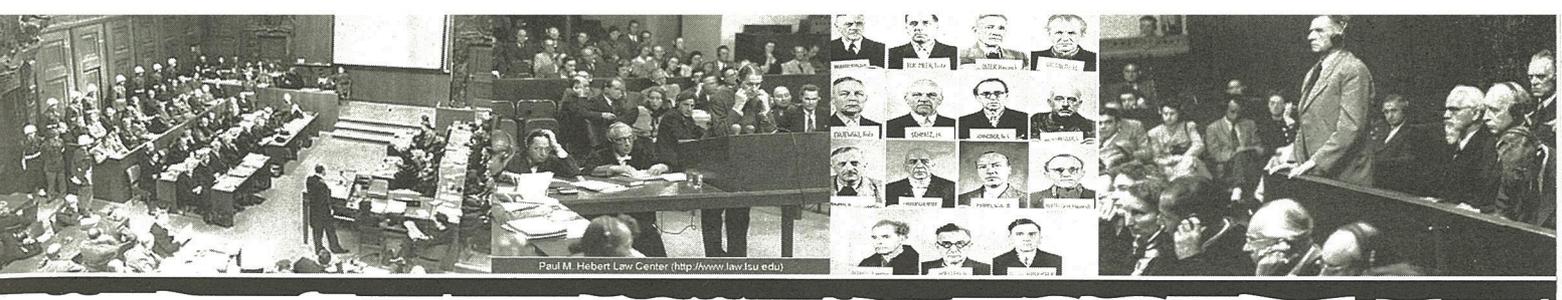
Im Fall Auschwitz sah sich das Gericht allerdings genötigt, die Initiative der IG bei der Einrichtung und beim Betrieb ihrer dortigen Unternehmen und des Häftlingslagers Monowitz, ihre Mitverantwortung für die unmenschliche Behandlung der Häftlinge, und, nicht zuletzt, für die Überantwortung der nicht mehr Arbeitsfähigen in den Gastod festzustellen. „Die Verwendung von Konzentrationslagerhäftlingen und ausländischen Zwangsarbeitern in Auschwitz stellt, wenn man berücksichtigt, dass die leitenden Beamten der IG aus eigenem Antrieb Maßnahmen zur Beschaffung und Verwendung dieser Arbeitskräfte getroffen haben, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar und gleichzeitig, sofern es sich um Angehörige fremder Staaten handelt, auch ein Kriegsverbrechen, und insoweit greift die Berufung auf einen angeblich durch das Sklavenarbeitsprogramm des Reiches geschaffenen Notstand nicht durch.“(Urteil)

Hand in Hand mit der SS

Über die Rolle der IG in Auschwitz und Monowitz ist international inzwischen neues dokumentarisches Material zutage gefördert worden. Die IG-Verantwortlichen, namentlich Krauch, ter Meer, Ambros, Bütefisch und Dürrfeld, rühmten sich ihrer „sehr segensreichen“ Freundschaft¹² mit der SS – von Himmler bis zur KZ-Mannschaft – die, im Austausch gegen bedeutende finanzielle und materielle Mittel für den KZ-Ausbau, den Wünschen der IG hinsichtlich Beschaffung, Bewachung, brutaler Antreiberei, Bestrafung und „Selektion“ der Häftlinge willig nachkam.

Die Zahl der in Monowitz arbeitenden Häftlinge stieg bis Ende 1944 auf 11.000. Die Häftlingsbelegschaft, darunter vor allem Juden aus ganz Europa, war im Durchschnitt alle drei bis vier Monate, in den angeschlossenen Bergwerken in anderthalb Monaten „verbraucht“, das heißt, erschlagen, im Lager gestorben bzw. nach Birkenau in die Gaskammer geschickt. Nach der Anklageschrift „betrug der Umschlag (turn over) an Arbeitskräften in einem Jahr 300 Prozent“. Die Zahl der zu Tode gebrachten Häftlinge der IG in Auschwitz wird auf 25.000 bis 30.000 geschätzt. Neuere Forschungen haben ergeben, dass im Vordergrund der IG-Planungen für Auschwitz zwar der Bau eines neuen Bunawerks für die kommenden Kriegszüge stand (Buna IV), dass die IG-Spitze aber auf längere Sicht den Bau eines riesigen Kombinars für mehrere große Zweige der modernen Chemie vorhatte (Treibstoffe, Buna, Kunstfasern und -stoffe, Harze, Lacke usw.), auf der Basis von Zwangsarbeit und gemieteten Arbeitssklaven zur Beherrschung des künftigen osteuropäischen und asiatischen Marktes betrieben.¹³

Das Bedürfnis, das Unternehmensimage vom Zwangsarbeitsverbrechen zu reinigen, war beim IG-FARBEN-Konzern und nach dem Krieg bei BAYER und den ande-



Paul M. Hebert Law Center (<http://www.law.lsu.edu>)

+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

ren IG-FARBEN-Nachfolgesellschaften groß. Schon in den 50er Jahren war es das Buch eines der im IG-Prozess Angeklagten (August v. Knieriem), das Maßstäbe setzen sollte für die Exkulpation der deutschen Industrie von jenem Verbrechen.

In Wirklichkeit war die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte unter Zwang nicht nur ein schon im Ersten Weltkrieg angewandtes Mittel des deutschen Imperialismus, seinem unzureichenden Wirtschafts- und Rüstungspotential aufzuheben, sondern eines seiner wichtigsten Kriegsziele. Das deutsche Großkapital, darunter die IG FARBEN, war im Zweiten Weltkrieg nicht nur der Hauptnutznießer der Zwangsverschleppung von AusländerInnen nach Deutschland und der Arbeit von KZ-Häftlingen, sondern eine treibende Kraft bei den Massenrekrutierungen von ZwangsarbeiterInnen für die deutsche Kriegswirtschaft, auch schon lange bevor sie 1942/43 unter der Leitung des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ Nazigauleiter Fritz Sauckel, ihren Höhepunkt erreichte. Die Konzentrationslager bildeten ein wichtiges Experimentierfeld für die massenhafte Sklavenarbeit von nicht zur NS-„Volksgemeinschaft“ Gehörenden, von „Rassefremden“, von „Untermenschen“ und „Volksschädlingen“. IG und SS arbeiteten in Auschwitz Hand in Hand in vollem gegenseitigem Einverständnis daran, das Konzentrationslager in dieser Beziehung zu einem „Musterlager“ zu machen.

Der Urteilsspruch

Das Gerichts-Urteil empörte damals die Ankläger und Opfer und empört bis heute die antifaschistische Welt. Zehn Angeklagte wurden in allen Anklagepunkten freigesprochen, darunter durch die Anklage schwer Belastete wie Fritz Gajewski, Heinrich Hörlein, Wilhelm Mann, Heinrich Gattineau und Christian Schneider. Die Anklage gegen drei Beschuldigte wegen SS-Mitgliedschaft wurde abgewiesen.

Verurteilt wurden zu Gefängnisstrafen, unter Anrechnung der Untersuchungshaft: Carl Krauch zu sechs Jahren Hermann Schmitz zu vier Jahren Georg von Schnitzler zu fünf Jahren Fritz ter Meer zu sieben Jahren Otto Ambros zu acht Jahren Ernst Bürgin zu zwei Jahren Heinrich Bütefisch zu sechs Jahren Paul Häfliger zu zwei Jahren Max Ilgner zu drei Jahren Friedrich Jähne zu anderthalb Jahren Heinrich Oster zu zwei Jahren Walter Dürrfeld zu acht Jahren Hans Kugler zu anderthalb Jahren

Auch die Angeklagten mit den höheren Strafen kamen frei, noch ehe der amerikanische Hochkommissar John J. McCloy im Januar 1951 zahlreiche in Nürnberg Verurteilte - besonders die Industriellen - begnadigte. Ein Angeklagter war wegen Krankheit aus dem Prozess ausgeschieden.

Nach 1948 gelangten die Angeklagten wieder in hohe und höchste Positionen in der Unternehmenshierarchie, trugen ProfessorInnen- und EhrenbürgerInnen-Titel. Vier von ihnen erhielten das Große Bundesverdienstkreuz; nur Heinrich Bütefisch wurde es nach internationalem Protest wieder aberkannt.

Große und größte ehemalige IG-FARBEN-Unternehmen gerieten wieder in die Hand der Angeklagten, zum Beispiel:

FARBENFABRIKEN BAYER: Fritz ter Meer (Vorsitzender des Aufsichtsrates)

BADISCHE ANILIN- UND SODAFABRIKEN AG: Carl Wurster (Vorsitzender des Vorstands)

FARBWERKE HOECHST AG: Friedrich Jähne (Ehrevorsitzender des Aufsichtsrats)

RHEINISCHE STAHLWERKE AG: Hermann Schmitz (Ehrevorsitzender des Aufsichtsrats)

DYNAMIT NOBEL AG: Fritz Gajewski (Vorsitzender des Vorstands)

WASAG CHEMIE AG: Heinrich Gattineau (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Ein lebendiger Leichnam

1950 waren auch die letzten Verurteilten des Prozesses „gegen Carl Krauch und Genossen“ vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Sie fühlten sich rehabilitiert. Es verblieb lediglich die „IG FARBENINDUSTRIE IN LIQUIDATION“, zuständig für Pensionszahlungen an ehemalige Angestellte. Die Auflösung selbst wurde hinausgeschoben, angesichts der Hoffnungen, verlorengegangene Vermögenswerte längerfristig wieder an sich ziehen zu können, vor allem in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR und in Übersee.

Am 27. November 1950 wandte sich der im Punkt drei der Anklage im Prozess vernommene Zeuge und ehemalige Häftling des IG-Lagers Auschwitz-Monowitz, Norbert Wollheim, um Rechtsbeistand an den Frankfurter Rechtsanwalt Henry Ormond. Im Prozess-Urteil, so seine Argumentation, seien zwar die Methoden der IG beim Häftlingseinsatz unter die Kategorie „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gefallen und die Verantwortlichen dafür bestraft worden. „Offen gelassen wurde bei diesem ... Urteil die Frage der bürgerlich-rechtlichen Haftung des IG-Konzerns hinsichtlich der Entschädigungsansprüche, die die als Arbeitsklaven in Auschwitz beschäftigten Personen geltend machen können.“ Am 3. November 1951 erhob Ormond Klage vor dem Landgericht Frankfurt/Main in der Entschädigungssache Wollheim gegen IG FARBEN A.G. i. L. auf Feststellung von Schäden wegen missbräuchlicher Verwendung der Häftlingsarbeitskraft. Mit dieser Musterklage begann der über 40 Jahre währende Kampf um Entschädigung für die NS-Zwangsarbeit. In erster Instanz der Klage wurde die IG FARBEN am 10. Juni 1953 schuldig gesprochen. Das Urteil berief sich auf Akten des IG-FARBEN-Prozesses, Verhöre früherer und neu benannter Zeugen aus den



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org



+++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

Reihen der Opfer und der Täter. Erst am 1. April 1958 endete der Wollheim-Prozess mit einem Vergleich, an dessen Zustandekommen die Bundesregierung wesentlich beteiligt war.¹⁴

Neue Dokumente und Zeugnisse kamen ans Tageslicht, als Überlebende des IG-Lagers Monowitz, vertreten von den Rechtsanwälten Henry Ormond und Professor Friedrich Karl Kaul (DDR), im Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 in der „Strafsache gegen Mulka und andere“ vor dem Schwurgericht Frankfurt/Main auftraten. Über 20 ehemalige SS-Angehörige der Wachmannschaft des KZ Auschwitz hatten sich zu verantworten. Mehr als 350 ZeugnInnen aus den im Zweiten Weltkrieg besetzten Ländern und den beiden deutschen Staaten wurden vernommen. Als Zeugen geladen waren auch die IG-Verantwortlichen Krauch, Ambros, Bütetisch und Dürrfeld. Sie wurden mit den Nürnberger Prozess-Unterlagen und mit neuen Dokumenten aus ihren eigenen, auch aus DDR-Archiven, konfrontiert. Dabei wurde das Funktionssystem SS-Ministerialbürokratie-Wirtschaft offen gelegt. Im Zentrum standen wieder die Verbrechen aus dem IG-FARBEN-Prozess, Auschwitz betreffend, „das signifikanteste Beispiel für die Verknüpfung von Vernichtungsabsicht und industriellen Ausbeutungsinteressen.“¹⁵

Die IG FARBEN i. L. existiert heute mehr als zweimal so lang wie der Konzern, den sie der Auflösung zuführen sollte. Die letzte Hauptversammlung fand im Jahre 2002 statt. Seit dem 11. November 2003 läuft ein Insolvenzverfahren, über dessen Stand die Öffentlichkeit nicht informiert wird. Im Jahr 2008 ist das Unternehmen nach wie vor börsennotiert. Der Deutsche Bundestag hat vor 50 Jahren als Gesetzgeber in die Abwicklung eingegriffen, um sie zu beschleunigen. Nunmehr ist es Zeit, Bilanz der Liquidation zu ziehen. Eine parlamentarische Initiative wäre dringend nötig, um die öffentliche Kontrolle wieder herzustellen, die derzeit fehlt.

Aus dem abweichenden Votum des US-amerikanischen Richters Paul M. Hebert zum Anklagepunkt „Slave labor“, Dezember 1948:

„Nachdem die I.G. einer weitgehenden Verwendung von Häftlingen in Auschwitz zugestimmt und durch einige ihrer Beauftragten Verhandlungen mit der SS über die Beschaffung von immer mehr Zwangsarbeitern aufgenommen hatte, wurde das Unternehmen unweigerlich mitschuldig an der Unmenschlichkeit, die der Einsatz solcher Arbeitskräfte mit sich brachte. (...)“

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die I.G. den Platz bei Auschwitz aussuchte, nachdem sie von der Existenz des Konzentrationslagers erfuhr, dass sie den Einsatz von Häftlingen bei den Bauarbeiten einplante, dass dergleichen Angelegenheiten natürlich dem Direktorium und dem T. E. A. (Technische Kommission) gemeldet wurden, dass der Einsatz von Häftlingen in Auschwitz auf eine Initiative der I.G. zurückzuführen ist, (...) dass der Zustand der Häftlinge mehrmals vor dem Ausschuss und dem Direktorium diskutiert wurde, dass mehrere der Angeklagten die Zustände in Auschwitz aus eigener Ansicht kannten, da sie die Baustelle besuchten, dass die Angeklagten Krauch, von Knieriem, Schneider, Jähne, Ambros, Bütetisch und Ter Meer nachweislich die Baustelle besucht haben, um dienstlichen Verpflichtungen nachzugehen, dass die Zustände in Auschwitz zu furchtbar waren, als dass die Angeklagten nicht davon gewusst haben, zumal sie als Direktoren für das Projekt verantwortlich waren.“

Quelle: Joseph Borkin, a. a. O., S. 139 f.

ANMERKUNGEN:

¹ Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der I. G. FARBEN. Frankfurt a. M./New York: Campus 1986, S. 128 f.

² Bundesarchiv Berlin, Fall 6 (BA), Dok. NI-9784, Bericht von Vertretern des DUPONT-Konzerns, 17. 7. 1933.

³ Anklageschrift (englisch)

⁴ Siehe Anatomie des Krieges. Hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann. Berlin/DDR 1969, S. 139 ff., Dok. 46 u. 48

⁵ Olaf Groehler, Der lautlose Tod, Berlin/DDR 1978, S.157 f.; BA, NI-8917, Denkschriften der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau vom Juli 1938

⁶ BA, NI-282, Bericht (Entwurf) v. 20./21. 4. 1939

⁷ Siehe die große Denkschrift vom Juli/ August 1939; gedr. in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Berlin/DDR Nr. 1-4/1986

⁸ Fall 6, hrsg. v. Hans Radandt, Berlin/DDR 1970, S. 194 (im folgenden: Urteil)

⁹ Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Hg. Gert Schäfer, Köln/Frankfurt a. M. 1977, S. 459 f

¹⁰ BA, NI-6955, Georg v. Schnitzler an die Mitgl. des Kaufmännischen Ausschusses der IG, 2.10. 1940

¹¹ BA, NI-11252, IG-FARBEN-„Neuordnung“, (an Reichswirtschaftsministerium, 3. 8. 1940)

¹² BA, NI-11118, Ambros an ter Meer und Struss, 12. 4. 1941

¹³ Siehe Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der I. G. FARBEN Frankfurt/New York: Campus 1986, S. 109; Karl Heinz Roth: „I. G. Auschwitz“, in: 1999, Heft 4/1989, S. 11 ff.

¹⁴ Siehe Klageschriftsatz vom 3.11.1951 in Sachen Norbert Wollheim. In: Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin, Archiv, ED 422/1 Ormond, Henry

¹⁵ Norbert Frei: „Der Frankfurter Auschwitz-Prozess und die deutsche Zeitgeschichtsforschung“, in: Fritz Bauer Institut (Hg.): Auschwitz. Geschichte, Rezeption und Wirkung, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 131

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Jungen Welt



Stichwort Bayer Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort Bayer

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf * Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 * e-mail: CBGnetwork@aol.com * www.CBGnetwork.org

Finanz- und Wirtschaftskrise überstehen oder erst später realisiert werden.

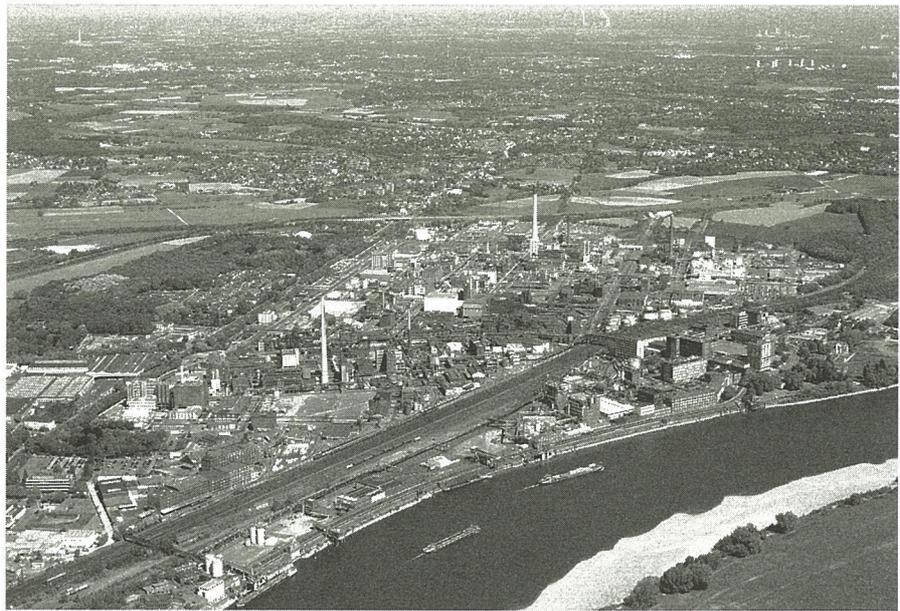
Mehr Giftgas

TDI ist ein Vorprodukt von Polyurethan, das u. a. in Schaumstoffen, Dämm-Materialien und Lacken Verwendung findet. Polycarbonate werden bei der Herstellung transparenter Kunststoffe eingesetzt, beispielsweise für CDs und Wasserflaschen. Die TDI- und Polycarbonat-Produktion erfordert jährlich Zehntausende Tonnen Phosgen. Phosgen gehörte im 1. Weltkrieg unter dem Namen „Grünkreuz“ zur ersten Generation tödlicher Giftgase. Die Fabrikation zur zivilen Nutzung gilt heute nach der Energieerzeugung durch Atomkraftwerke als der risikoreichste Herstellungsprozess in den Industrieländern. Durch die geplanten Erweiterungen würde der Einsatz des Gases entsprechend steigen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und der BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ (BUND) forderten den Konzern daher in einer Stellungnahme auf, im Kunststoffbereich Verfahren ohne Phosgen zu entwickeln. Nur so ließe sich die Gefährdung der AnwohnerInnen und der Belegschaft verringern. Technisch wäre es möglich, Polyurethan auch ohne Phosgen zu synthetisieren, BAYER hat entsprechende Vorgehensweisen jedoch nicht zur Serienreife entwickelt bzw. hat die notwendigen Patente nicht erworben. Im Fall von Polycarbonat laufen solche Anlagen sogar bereits. Dennoch will BAYER in beiden Fällen weiter auf Phosgen setzen - bei einer Lebensdauer der Fertigungsstätten von bis zu 35 Jahren würde diese gefährliche Produktionsart so auf Jahrzehnte festgeschrieben.

Gefahr für Beschäftigte

TDI ist giftig, stark ätzend und kann zu Lungenödemen und asthmatischen Erkrankungen führen. Ein ehemaliger BAYER-Arbeiter, der jahrelang TDI-Dämpfen ausgesetzt war und schwere Gesundheitsschäden erlitt, reichte Anfang Oktober 2008 eine Klage gegen BAYER ein. Hinzu kommen die Störfall-Risiken: Im Jahr 1997 platzte in der Dormagener Polyurethan-Produktion ein Reaktor, zwölf Tonnen krebserregender Chemikalien spritzten bis über die Werksgrenze. Noch schlimmer betroffen waren die TDI-Anlagen im amerikanischen Baytown: 2004 und 2006 gab es schwere Explosionen, bei denen tonnenweise gefährliche Substanzen austraten. 22 Arbeiter wurden



Mehr Phosgen aus Krefeld?

Quelle: Foto BAYER

verletzt, die Produktion musste monatelang eingestellt werden (siehe *SWB* 4/06). Die Wucht der Detonationen hätte durchaus auch Phosgenleitungen zerstören können.

Wie gefährlich die Phosgenproduktion für die AnwohnerInnen von Chemiewerken ist, zeigt ein „worst case scenario“ des TÜV aus dem Jahr 1978: „Innerhalb der ersten zehn Sekunden nach dem Unfall würde jedes Lebewesen im Umkreis von einhundert Metern augenblicklich getötet. Da sich aber die Phosgen-Wolke sehr schnell über das Werksgelände hinaus ausbreiten würde, hätte der Gas-Ausbruch auch für weite Teile der Bevölkerung tödliche Folgen: Innerhalb einer halben Stunde wäre in einem Areal von 1,7 Quadratkilometern jeder Mensch einer Dosis ausgesetzt, die bei jedem Zweiten zum Tode führt. Das sind bei einer mittleren Bevölkerungsdichte wie zum Beispiel im Raum Köln über 2.100 Personen. In der zweiten, sogenannten B-Zone, einem Gebiet von 6,75 Quadratkilometern wären die Bewohner (ca. 17.000 Personen) einer Dosisbelastung ausgesetzt, die zumindest im Einzelfall bereits zum Tode eines Menschen geführt hat. Die Folgen für die Betroffenen in der Region: anfänglich Hustenreiz, Brennen der Augen, Kopfschmerzen, Erbrechen, nach einigen Stunden dann Lungenödem“ (zitiert nach: „Seveso ist überall - die tödlichen Risiken der Chemie“ von Egmont R. Koch und Fritz Vahrenholt).

Produktionsausweitung

BAYER hat die Kunststoff-Produktion im Krefelder Werk schon mehrfach ausge-

baut, zuletzt im Jahr 2002, als der Konzern die Herstellung von Polycarbonat und Polyurethan um 100.000 bzw. 24.000 Tonnen erhöhte. Allein mit dieser – verglichen mit den nun geplanten Erweiterungen kleinen – Kapazitätsausweitung ging eine Erhöhung des Phosgen-Outputs um rund 60.000 Tonnen pro Jahr einher. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Beteiligung der Öffentlichkeit fand seinerzeit nicht statt. BUND und COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hatten erfolglos nach dem Stand der Sicherheitstechnik, Notfallplänen und den Gefahren bei Flugzeugabstürzen gefragt. VertreterInnen von BAYER räumten gegenüber der Presse zwar ein, dass „Phosgen bei der Produktion von TDI eingesetzt wird, aber in sehr kleinen Mengen“ und zudem „just in time“ sowie „ausschließlich zum sofortigen Verbrauch“ erzeugt werde. Diese Darstellung ist jedoch verharmlosend: Auf Nachfrage bekannte das Unternehmen, in Krefeld betrage die Menge an „freiem“ Phosgen in Leitungen und Vorratsbehältern 34 Tonnen. Im worst case, im Falle eines Bruchs phosgengefüllter Leitungen oder eines Flugzeugabsturzes, wäre dies eine tödliche Bedrohung.

CBG und BUND verlangen daher aktuell, dass es für die geplanten Erweiterungen keine Genehmigung „auf dem kleinen Dienstweg“ geben dürfe. Angelika Horster, BUND-Chemieexpertin: „Die Anwohner haben ein Recht auf Informationen, welcher Gefahr sie im Falle eines Störfalles ausgesetzt sind und wie sie sich vor dem Giftgas schützen können. Vor einer möglichen Erweiterung der Produktion muss daher eine Umweltverträglichkeit-



sprüfung mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden.“ Dabei müsse auch untersucht werden, ob der Einsatz von Phosgen überhaupt rechtmäßig sei. Die Umweltverträglichkeitsrichtlinie der EU schreibt nämlich vor, auch bei Erweiterungen risikoreicher Anlagen ungefährlichere Alternativen, in diesem Fall phosgenfreie Verfahren, zu prüfen.

Proteste in Taiwan

Ende der 90er Jahre wollte BAYER in Fernost schon einmal eine TDI-Anlage bauen. Die Regierung von Taiwan hatte vor, das Projekt ohne lästige Sicherheitsprüfungen durchzuwinken und gewährte großzügige Subventionen. Der Fall wurde jedoch zum Politikum, als örtliche Bürgerinitiativen mit Unterstützung der CBG auf die Risiken von TDI und Phosgen hinwiesen und ein reguläres Genehmigungsverfahren einforderten. Nach monatelangen Protesten mit Tausenden von DemonstrantInnen forderten die regionalen Behörden den Leverkusener Multi auf, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen und phosgenfreie Verfahren zu prüfen. Der Konzern blies das Projekt daraufhin ab. Kurz darauf gab BAYER den Bau einer neuen Anlage in China bekannt. Die Fa-

brik bei Shanghai soll langfristig mit einer Jahresproduktion von 900.000 Tonnen Kunststoff den höchsten Ausstoß aller BAYER-Werke haben. Bereits 2006 wurde eine Polycarbonat-Anlage in Betrieb genommen, Ende Oktober kam noch eine Fertigungsstätte für MDI, ein weiteres Vorprodukt von Polyurethan, dazu.

Renitente LokalpolitikerInnen und lästige Proteste von AnwohnerInnen sind in China nicht zu erwarten. Im staatlichen Organ *China Daily* erschien gar eine Lobeshymne auf das „soziale Gewissen“ des Konzerns. Bei näherem Hinsehen stellte sich heraus, dass die Zeitung den Text von der Öffentlichkeitsabteilung des Global Player übernommen hatte. Ein Leserbrief der Coordination, der auf die Risiken der Kunststoff-Produktion hinwies, wurde weder abgedruckt noch beantwortet.

BAYER droht

Der BAYER-Konzern nutzt die geplanten Erweiterungen auch, um Druck auf die Politik auszuüben: Die Investitionen hängen von den „Rahmenbedingungen“ ab, so BAYER-Sprecher Frank Rothbarth. Damit gemeint sind die umstrittene Kohlenmonoxid-Pipeline quer durch NRW (s.

S. 16) sowie der Bau des Kohlekraftwerks im BAYER-Werk Uerdingen, das allein 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr erzeugen würde. Bei Widerständen gegenüber diesen Projekten drohe der Verlust von Arbeitsplätzen – eine schäbige Drohung angesichts der Tatsache, dass BAYER letztes Jahr im Kunststoff-Sektor trotz eines Rekordgewinns von über einer Milliarde Euro rund 1.500 Stellen wegrationalisiert hat.

Unabhängig davon, ob die aktuelle Wirtschaftskrise die Erweiterung der Anlagen verzögern wird, muss sich der Druck auf BAYER erhöhen, aus der Phosgen-Chemie auszusteigen und zumindest mittelfristig risikoärmere Verfahren einzusetzen. Die CBG hat im Umfeld der Werke Dormagen und Brunsbüttel Flugblätter verteilt, in denen auf die Risiken der Phosgen-Chemie hingewiesen wird. Die Grünen in Dormagen brachten auf Initiative der Coordination einen Antrag in den Stadtrat ein, in dem die Genehmigung der Produktionsausweitung auf Phosgenbasis abgelehnt wird. Auch auf der kommenden BAYER-Hauptversammlung und in der staatlichen „Kommission für Anlagensicherheit“ steht das Thema dank der CBG auf der Tagesordnung.

Aufgeklärt statt abgeklärt

Jetzt kostenlos die führende politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift kennenlernen



In den „Blättern“ werden aktuelle Streitfragen hintergründig und informativ diskutiert – unentbehrlich für Studium und Beruf.

Die redaktionelle Eigenständigkeit der Zeitschrift sichert dabei ein unabhängiges Format für kritische Stellungnahmen und politische Interventionen.

**Herausgegeben von: Micha Brumlik · Dan Diner
Jürgen Habermas · Rudolf Hickel · Claus Leggewie
Ingeborg Maus · Friedrich Schorlemmer u.a.**

Bestellen Sie gratis ein Probeheft (Gutscheincode: „j5a“):

030 / 30 88 - 36 44
abo@blaetter.de | www.blaetter.de





B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für
nachhaltigen Konsum
und gutes Leben!

Jetzt **NEU:**
Nordrhein-Westfalen!
... dort wo es Bio-
Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

144 Seiten ISBN 978-3-932309-29-8

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgaben(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077- www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

CBG 21.11.08

In Sachen „LIPOBAY“

Ex-Angestellte verklagt BAYER



Nach zahlreichen Meldungen über Todesfälle musste BAYER am 8. August 2001 den Cholesterinsenker LIPOBAY vom Markt nehmen. Wie gefährlich das Mittel ist, wusste der Leverkusener Pharma-Riese allerdings lange vorher. Darum verklagte eine ehemalige Angestellte den Konzern jetzt.

Von Jan Pehrke

Am 30. September 1998 standen bei einem BAYER-Meeting die Verkaufszahlen des Cholesterinsenkers LIPOBAY auf der Tagesordnung. Der damalige Pharma-Chef David Ebsworth zeigte sich enttäuscht

über die Umsätze und schwor seine Mannschaft auf eine neue Werbe-Philosophie ein. „Andere Unternehmen greifen zu einer aggressiven Werbestrategie, gemäß der Devise: ‚Wir wissen nicht, wo die

rechtliche Grenze ist, bis wir auf sie gestoßen sind‘. Man muss das nicht gutheißen, aber es ist die Regel des Marktes und deshalb haben wir als Unternehmen ihr zu folgen. Die Zone ist grauer, als wir

Markt. Mit einer Erfolgsquote von 84 Prozent bei den Kranken warb der Konzern, obwohl die ÄrztInnen-Information nur Werte von 53 bis 79 Prozent auswies und selbst hinter diesen Zahlen ein Fragezeichen steht, denn der Cholesterinspiegel einiger Test-TeilnehmerInnen war praktischerweise schon vor der LIPOBAY-Gabe im grünen Bereich.

Nach offizieller Maßgabe sollten die MedizinerInnen ihren PatientInnen zunächst die 0,4-Version verschreiben und erst nach eine Weile auf die 0,8er umstellen. Aber die Pharma-VertreterInnen hüteten sich davor, den ÄrztInnen ausdrücklich von einem Einstieg mit der höheren Dosis abzuraten. „Den Doktoren steht immer frei, das zu tun, was sie wollen“, hieß es in der Marketing-Abteilung. Der Leverkusener Multi hoffte nämlich auf das „Viel hilft viel“ und wollte LIPOBAY durch die Verdoppelung der Cerivastatin-Konzentration einen uneinholbaren Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz verschaffen. Dass die stärkere Formulierung das Rhabdomyolyse-Risiko noch einmal beträchtlich erhöhte, wusste das Management. Als ein Mitarbeiter bei einer Besprechung Sicherheitsbedenken geltend machte, erklärte BAYERs heutiger For-

schungsvorstand Wolfgang Plischke das Meeting kurzerhand für beendet und verließ fluchtartig den Raum. Erst eine bevorstehende Risiko-Analyse der FDA veranlasste den Konzern dazu, das Praxis-Wissen über die Nebenwirkungen von LIPOBAY abzufragen. Obwohl das Ergebnis niederschmetternd war, folgte keine Aufklärungskampagne. Der Pharma-Riese spielte weiter auf Zeit und gab lieber weitere ÄrztInnen-Befragungen in Auftrag. Nur Roger Celesk von der Abteilung für Arzneimittelsicherheit wagte es bei einem Meeting in seinen einleitenden Worten, die in den USA bezeichnenderweise „field force“ genannten Außendienst-MitarbeiterInnen über die Sicherheitslage in Kenntnis zu setzen, weshalb er seine vorbereitete Rede nicht mehr halten durfte. So erhielten die Pharma-VertreterInnen weiterhin geschönte Statistiken und Diagramme, BAYER-intern als „homemade bread“ - selbstgebackenes Brot - bezeichnet. „Ich habe noch nie einen Datensatz gesehen, der mir nicht gefallen hätte“, brüstete sich der Marketing-Direktor Eric Pauwels bei dieser Gelegenheit. Blanketts Proteste blieben dagegen wirkungslos. Das gehe sie nichts an, sie solle sich da raushalten, bekam sie nur zu hören.



Er wusste alles: Wolfgang Plischke

Geld hilft noch mehr

Parallel zu den Lieferungen perfekter LIPOBAY-Daten aus der BAYER-Versuchsküche entfalteten die Pillen-DreherInnen diverse Marketing-Aktivitäten. So verpflichtete der Konzern MedizinerInnen für Beobachtungsstudien mit dem Cholesterinsenker. Vordergründig ging es um die Wirksamkeit von LIPOBAY, in Wirklichkeit

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung



Jetzt
3 Wochen gratis *

*3-Wochen-Testabo bestellen über:
Tel.: 0 30/ 53 63 55 82, Fax: 0 30/ 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

TESTABO

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.

Ich habe das Probeabo empfohlen:

<input type="text"/>	CBG	<input type="text"/>
Name/Vorname		Name/Vorname
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße/Nr.		Straße/Nr.
<input type="text"/>		<input type="text"/>
PLZ/Ort		PLZ/Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Telefon		Telefon
<input type="text"/>		<input type="text"/>
E-Mail		E-Mail
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Datum/Unterschrift		Datum/Unterschrift

Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Belieferung beginnt ab Montag, den _____

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

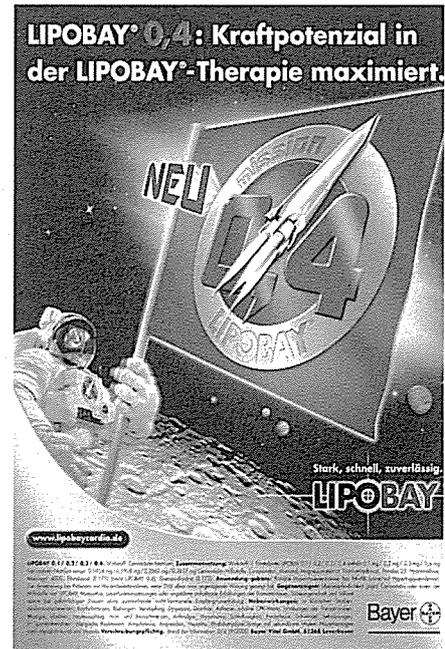
dienten die Tests, die den MedizinerInnen jeweils 750 Dollar einbrachten, nur dem Zweck, neue KundInnen für das Präparat aus Leverkusen zu gewinnen. „Ändern die ÄrztInnen bei den TeilnehmerInnen ihr Verschreibungsverhalten?“, diese Frage trieb den Pharma-Riesen bei dem Unterfangen um, und die AußendienstmitarbeiterInnen hatten sie zu beantworten: Die „Field Force“ war angehalten, der Zentrale genauestens über die „Konversion“ von Doktoren Bericht zu erstatten.

Darüber hinaus verschenkte der Multi Probepackungen en masse und initiierte Panels. 3.900 MedizinerInnen folgten dabei dem Lockruf des Geldes, um Vorträge über das Medikament zu hören. Als ReferentInnen traten dabei für eine Gage von 1.000 Dollar diejenigen KollegInnen auf, denen der Rezeptblock in Sachen „LIPOBAY“ am lockersten saß. Ca. drei Millionen Dollar jährlich ließ BAYER sich diesen offiziell „Marktuntersuchung“ genannten Spaß kosten. Zur Produkteinführung des Cholesterinsenkers mit der 0,8mg-Wirkstoffkonzentration richtete BAYER dann Ende 2000 für 600 MedizinerInnen eine große Sause bzw. ein Symposium aus. Darüber hinaus fand der Global Player für ein Jahresallär von 100.000 Dollar in Antonio Gotto auch

noch einen willigen Mediziner zur LIPOBAY-Lobpreisung auf allen Kanälen.

Der Rückruf

Aber dann brach das Kartenhaus doch zusammen. Keine noch so gut frisierte Statistik und keine noch so ausgefeilte Marketing-Strategie konnte über eine längere Zeit die Todesopfer vergessen machen, die das Medikament forderte. Im August 2001 musste BAYER das Mittel schließlich vom Markt nehmen - geschlagene zweieinhalb Jahre nach den ersten Meldungen über schwerwiegende Nebenwirkungen. Über 100 Sterbefälle und eine Vielzahl von teils lebensgefährlichen Gesundheitsstörungen - das war am Ende die LIPOBAY-Bilanz. Gelernt hat der Konzern aus dem Pharma-GAU nicht, trotz starker finanzieller Einbußen. So hat das Unternehmen jüngst bis zuletzt an seiner zur Blutstillung bei OPs eingesetzten Arznei TRASYLOL festgehalten, an der allein in der Bundesrepublik jährlich 300 PatientInnen starben und viele Studien seit langem die Gefährlichkeit des Präparates nachgewiesen hatten (SWB 4/07). Aber nicht nur der Leverkusener Multi handelt so; es ist „Business as usual“ in der Pharma-Branche. Nachdem die website *phar-*



malot einen Artikel über Susan Blanketts Fall veröffentlicht hatte, meldete sich ein User im Forum: „Ich arbeite seit vielen Jahrzehnten in dieser Industrie. Was ich in der LIPOBAY-Klage lese, ist die übliche Praxis“.

**Name von der Redaktion geändert*

Konzern-Willkür beenden!

Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!

Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.

Helfen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER.
Je mehr Menschen informiert werden,
desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.

1978 - 2008

30 Jahre CBG

www.CBGnetwork.org

Coordination gegen BAYER-Gefahren

Wir zeigen, was dahinter steckt!

Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich Zusatzexemplare

je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 je Heft (regulärer Verkaufspreis 8,00 Euro)

Coupon bitte zurücksenden an
 Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18; 40081 Düsseldorf
 Fax 02 11 - 33 39 40; CBGnetwork@aol.com

www.CBGnetwork.org

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge ausfüllen. Danke.

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

30 Jahre COORDINATION

Yes we can!*



CBGler Uwe Friedrich beim Protest gegen den Bau eines BAYER-Werkes in Taiwan

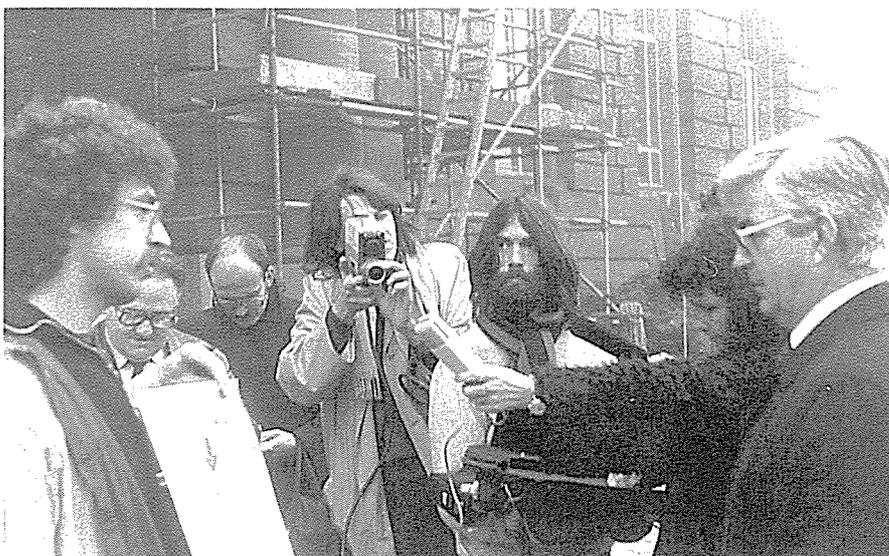
*Einem mächtigen multinationalen Konzern die Stirn bieten? Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN tut dies jetzt seit 30 Jahren. Mit Erfolg. Gegen die Einschüchterungsversuche der Konzernmacht setzt sie ihr entschlossenes: „Yes we can!“**

Von Gründungsmitglied Axel Köhler-Schnura

Alles begann mit zwei Großunfällen im Wuppertaler BAYER-Werk im Mai und im Juni 1978. Im Rahmen der auf diese Beinahe-Katastrophen folgenden AnwohnerInnen-Proteste gründete sich eine BürgerInneninitiative. Arbeitete diese Gruppe

zunächst nur lokal in Wuppertal, so vernetzte sie sich bereits 1979 mit Menschen und Organisationen an anderen BAYER-Standorten. Und ab 1980 auch international. Die WUPPERTALER BÜRGERINITIATIVE GEGEN BAYER-UMWELTGEFÄHRDUNG

entwickelte sich zur COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG). Das weltumspannende Selbsthilfe-Netzwerk der Coordination war geboren - trotz ähnlicher Versuche andernorts einzigartig bis heute.



Damals war's

> Erstmals stellte sich eine Gruppe von Menschen einem Konzern in all seinen Ausprägungen entgegen; üblicherweise beschränkt sich Konzernkritik auf einzelne Themen. Die CBG aber bezieht von Abwasser über Nanotechnologie und Tarifbedingungen bis Zwangsarbeit und Zyklon B alles gleichermaßen ein, egal ob es sich um ökologische, politische, soziale, technologische oder noch andere Probleme handelt.

> Erstmals hatte eine zu einem multinationalen Konzern arbeitende Gruppe sich konsequent international vernetzt; üblicherweise arbeiten die Organisationen regional oder national begrenzt. Zwar gibt es eine Vielzahl international arbeitender „Dachverbände“, international aktive Netzwerke sind aber selbst heute noch ausgesprochen selten. Die CBG arbeitet über alle Ländergrenzen hinweg, unabhängig von Sprache und staatlicher Verfassung.

> Erstmals begann eine Gruppe, sich kontinuierlich und auch historisch systematisch mit einem multinationalen Unternehmen auseinanderzusetzen. Es wird zwar immer wieder Kritik an den Konzernen

geübt, auch an BAYER, aber dieser fehlt es an Kontinuität: Es sind immer wieder andere Gruppen und Personen, die Kritik üben. Die CBG arbeitet ununterbrochen seit 30 Jahren, bezieht so systematisch wie möglich sämtliche weltweit auftauchende Kritik zu bzw. an BAYER in ihre Arbeit ein und stellt diese zudem möglichst umfassend in den Kontext der Firmen-Geschichte, die im Jahr 1863

> Erstmals versuchte eine konzernkritisch arbeitende Gruppe bzw. ein Netzwerk konsequent und umfassend die innerbetrieblichen Interessen mit den außerbetrieblichen zu verbinden; üblicherweise geschieht dies nicht, weil sich die Belegschaften und die AnwohnerInnen bzw. andere Interessengruppen wie Tier- und UmweltschützerInnen, PatientInnen-Selbsthilfegruppen etc. fremd gegenüberstehen und vom Kapital und seinen Medien auseinander dividiert werden. Die CBG hat dies von Anfang an zu überwinden versucht und bemüht sich immer wieder, die betrieblichen und außerbetrieblichen Interessen der Menschen zusammenzuführen.

Die Entstehung der Wuppertaler BürgerInneninitiative und später dann des eigentlichen Netzwerkes der CBG fiel in eine politisch sehr aktive Zeit. Zwar waren die großen Revolten der sechziger Jahre in USA, Japan und Europa vorüber, aber nicht zuletzt in deren Schatten hatte sich in der westlichen Welt ein mehr oder weniger großer antikapitalistischer Grundkonsens etabliert. In vielen Ländern führte er zu einem politischen Linksruck,

Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
26. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
http://www.CBGnetwork.de
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

Mehr als
80.000
Zugriffe
in der
Woche.



www.CBGnetwork.org

gar zu Revolutionen oder sozialistischen/kommunistischen Regierungen, aber auch in den Hauptländern des Kapitalismus zum Erstarren linker antikapitalistischer Positionen. Parallel dazu stieg das Bewusstsein für ökologische Probleme, und es entwickelte sich eine starke Umweltbewegung.

Vor diesem Hintergrund war es nur konsequent, dass ein Netzwerk wie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN entstand. Ein konzernkritisches Netzwerk, das am Beispiel eines der großen multinationalen Konzerne konkrete Probleme mit allgemeinen politischen Forderungen und Handlungsansätzen verbindet, das Probleme, egal ob sozial, ökologisch, politisch oder sonst wie geartet, übergreifend dem polit-ökonomischen Problem kapitalistischer Konzernmacht und der Profitwirtschaft zuordnet. Allerdings ist es erstaunlich, dass ein solches Netzwerk nur im Fall der Coordination dauerhaft erfolgreich Bestand hat, dass es international nur wenige andere Versuche gab und dass diese nur kurze Zeit überdauerten. Das mag der Tatsache geschuldet sein, dass sich in der CBG bereits sehr früh eine Reihe grundlegender Prinzipien herausbildete und diese gründlich verankert wurden. Dazu gehören:

> Solidarität

Über allem steht das Prinzip der Solidarität. Gegen die Macht des BAYER-Konzerns setzt die CBG die Solidarität der Menschen. Dabei wird weder nach Hautfarbe, nach Religion noch nach Weltanschauung gefragt. Über alle Länder- und

weltanschaulichen Grenzen hinweg wird praktische und aktive Solidarität mit allen geübt, die - direkt oder indirekt - durch BAYER Schaden nehmen oder in ihren Rechten beeinträchtigt sind. Nicht das Trennende, sondern das Verbindende, die gemeinsame Betroffenheit durch die Macht bzw. den Machtmissbrauch des BAYER-Konzerns, steht im Vordergrund. Das erfordert Toleranz: Nicht jede Gruppe, nicht jeder Netzwerkpartner hat gleiche Sichtweisen. Dennoch gibt es ein solidarisches Miteinander. Dieses kann es aber mit RassistInnen nicht geben.

> Gegen faschistische Ideologien

Zu den CBG-Prinzipien gehört untrennbar, dass Solidarität und Toleranz ihre Grenze finden bei rechtsextremen und faschistischen Kräften. Nicht nur, weil diese rassistisch ausgerichtet sind, sondern auch, weil sie eine verbrecherische Ideologie vertreten. Schon die Geschichte des Leverkusener Multis verlangt ein solches Vorgehen, denn das Unternehmen spielte eine maßgebliche Rolle im Hitler-Faschismus. Entsprechend werden faschistische, rechtsextreme Kräfte nicht nur aus dem Netzwerk ausgegrenzt, die CBG kritisiert diese Ideologie auch aktiv.

> Netzwerk

Seit Beginn der 90er Jahre machte sich die Coordination daran, sich zu vernetzen. Nicht nur lokal und regional, auch national und international. Wichtig dabei ist, dass die CBG nicht selbst ein Netzwerk ist, sondern dass sie Bestandteil eines - wenn auch entscheidend von ihr geknüpft-

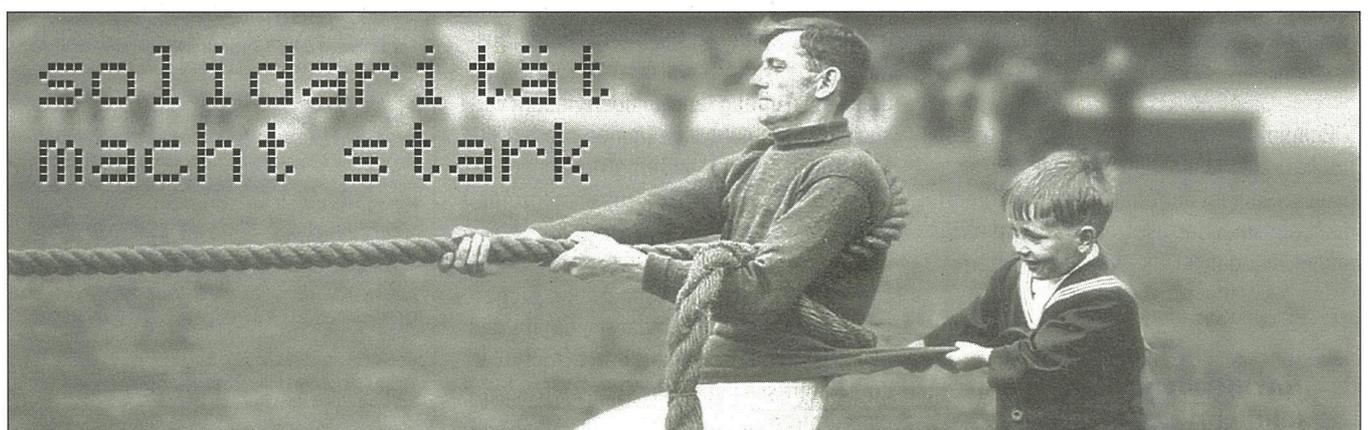


Proteste in Taiwan

ten - Netzwerkes ist. Sie handelt ebenso wie alle anderen im Netzwerk kooperierenden Partner eigenverantwortlich und in eigenem Namen. Alle Gruppen und Personen im Netzwerk entscheiden eigenständig und unabhängig über ihre Aktivitäten, über die Zusammenarbeit mit anderen wie auch über den Charakter, das Ausmaß und den Zeitraum der Kooperation. Zugleich findet innerhalb des Netzwerkes eine rege und sehr umfassende nationale und internationale Kommunikation statt.

> Koordinationsaufgabe

Die CBG selbst versteht sich als koordinierende Kraft im Netzwerk. Freiwillig, aber durchaus auch neben bzw. zusammen mit anderen Netzwerkpartnern, über



deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

nimmt sie den Austausch im Rahmen des Netzwerkes sowie die Aufgabe, die Kontinuität der Aktivitäten und den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kooperation zu fördern und zu entwickeln. Darüber hinaus entwickelt die CBG zahlreiche eigenständige BAYER- und konzernkritische Aktivitäten und Kampagnen.

> Ursachen-Benennung

Von Anfang an war die CBG radikal im Sinne dieses Wortes: Sie blieb nicht an der Oberfläche der Probleme stehen, sondern drang zu den Wurzeln durch. Im Fall von BAYER - wie auch bei den meisten anderen Problemen - ist die Wurzel im Diktat des Profits zu finden. Der sich aus dieser kapitalistischen Verfasstheit ergebende Zwang zum Profit ist die tiefere Ursache für soziale, ökologische und politische Probleme - bei BAYER und anderswo. Verantwortlich für das Profit-Prinzip sind die hinter BAYER stehenden großen Kapitalgeber, die Großaktionäre, die Kapitalisten halt. Sie verlangen Dividende, maximale Dividende - die ökologischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen und Konsequenzen sind ihnen egal. Diese Benennung der Ursachen hat einen wichtigen Nebeneffekt: Bei aller Verschiedenheit der Themen wird das

Strukturproblem für die auf den verschiedenen ökologischen, sozialen und politischen Feldern aktiven Gruppen und Personen deutlich und eint sie dadurch.

> Vision

Die Coordination verfügt über eine Vision. Es ist die Vision von einer umweltgerechten und menschenfreundlichen Produktion bei BAYER (und überall). Möglich wird dies nur durch die Abschaffung des Profitprinzips und den Aufbau einer auf Solidarität ausgerichteten Organisation des Konzerns (und der gesamten Gesellschaft). BAYER wird dann zum Wohle der Menschheit und der Umwelt selbstverständlich unter gesellschaftlicher Kontrolle stehen und den Prinzipien des Friedens, des Umweltschutzes, der Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit folgen.

> Öffentlichkeit

Die Herstellung maximaler Öffentlichkeit ist für die CBG von zentraler Bedeutung. Es war schon zu Zeiten der Wuppertaler BürgerInneninitiative klar, dass die Konfrontation mit einem Konzern nur Überlebenschancen hat, wenn sie auf breite öffentliche Unterstützung baut. „Alleine bist Du verloren, gemeinsam sind wir stark!“ - diese uralte Erfahrung aller Be-

wegungen gegen Unterdrückung und Ausbeutung macht sich die Coordination immer wieder neu zu Eigen. Unermüdlich baut die Initiative diese Öffentlichkeit aus. Dazu gehört, dass den Verlockungen von vertraulichen Dialogen, von Vieraugen-, Kamin- und anderen Gesprächen mit dem Unternehmen nicht nachgegeben wird. Alle Auseinandersetzungen, Diskussionen und Gespräche müssen grundsätzlich öffentlich und damit für alle nachvollziehbar stattfinden.

> Konsequenz

Klar ist für die CBG, dass die Auseinandersetzungen mit dem Konzern konsequent geführt werden müssen, sollen sie von der breiten Öffentlichkeit verstanden und getragen werden. Taktieren und falsche Kompromissbereitschaft erübrigen sich, direkte Aktionen, das unumwundene



Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.

www.CBGnetwork.org

Konzern-Willkür beenden!

Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!

Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008
30 Jahre CBG
www.CBGnetwork.org
Coordination gegen BAYER-Gefahren

Wir zeigen, was dahinter steckt!

Ja, ich möchte **Stichwort BAYER** abonnieren für jährlich Euro

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten).

Coupon bitte zurücksenden an
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 1504 18, 40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

Die Abo-Gebühr soll monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich abgebucht werden.

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.

Name, Vorname Geburtsjahr

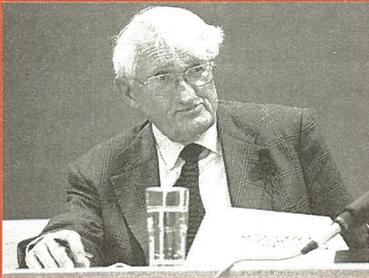
Straße, Hausnr. PLZ, Ort

Geldinstitut Bankleitzahl

Konto-Nr. Datum/Unterschrift

www.CBGnetwork.org

Promis gegen Profit



„Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz. Auch im globalen Maßstab vollzieht sich dieses strafende Schicksal an den ökonomisch schwächsten Ländern. Das ist der politische Skandal.“

Jürgen Habermas, Philosoph

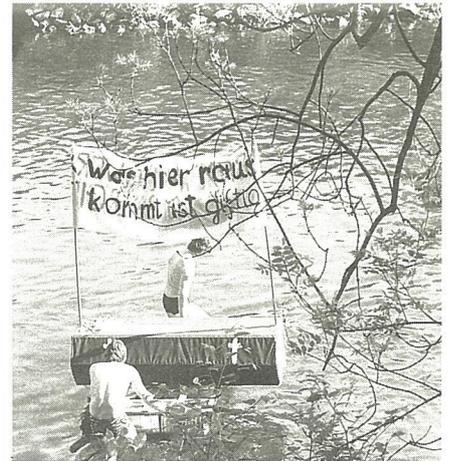
nicht „der Konzern“, sondern die verantwortlichen Manager und die verantwortlichen Großaktionäre - müssen beim Namen genannt werden. Entsprechend nutzt die CBG regelmäßig die AktionärsInnenhauptversammlungen des BAYER-Konzerns als Tribüne der Auseinandersetzung und legt dort Jahr für Jahr eine Bilanz der sozialen, ökologischen, technologischen, politischen und anderen Folgen der Profitgier der AktionärsInnen und des Managements vor.

> Unabhängigkeit

Wichtig ist, dass die CBG sich stets nur auf die eigenen Kräfte verlässt. Sie leistet nur, was sie selbst schaffen und finanzieren kann. Weitestgehende Ehrenamtlichkeit ist ebenso selbstverständlich wie höchstmögliche Qualität der Arbeit und maximale Effizienz. Inhaltliche Unabhängigkeit gibt nicht nur Spielraum, sondern auch Selbstvertrauen. Es gibt keine finanziellen Abhängigkeiten von irgendwelchen Fördertöpfen (die bleiben der CBG aufgrund ihrer als Radikalität interpretierten konsequenten konzernkritischen Haltung sowieso weitgehend verschlossen), sondern entscheidend sind die vielen tausend 5-Euro-Spenden, die „GarantInnen“, die mit größeren Spenden helfen und die vielen Fördermitglieder, die mit regelmäßigen Förderbeiträgen die Arbeit sichern.

> Beispielcharakter

Und schließlich ist es ein Prinzip der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, dass sie sich zwar auf BAYER konzentriert, ihre Arbeit zugleich aber lediglich als Beispiel versteht. Die CBG unter-



Aktion gegen Wasserverschmutzung

stützt aktiv und umfangreich konzernkritische Arbeit ganz allgemein. Zwar ist BAYER ein großer Chemiehersteller, aber als solcher steht er nicht nur stellvertretend für die gesamte chemische Industrie, sondern für die gesamte Konzern-Riege in aller Welt. Auch wenn sich die Multis in der Tat untereinander feindlich gegenüberstehen, so funktionieren sie doch nach dem gleichen Prinzip, dem Profit-Prinzip, und gleichen sich entsprechend. Ein Problem mit und bei BAYER lässt sich also nicht nur auf andere Konzerne der gleichen Branche übertragen, sondern auch auf jeden beliebigen anderen Konzern.

Auch wenn die verschiedenen im Rahmen der CBG kooperierenden Gruppen und Personen - immerhin heute 85.000 weltweit - eigenständig und eigenverantwortlich handeln, haben sie durch die Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerkes doch einige entscheidende Vorteile:

Benennen der Zusammenhänge sind zwingend. Die Verantwortlichen - nämlich

Unkonventionelles
und Hintergründiges aus
der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen

Die Berliner Umweltzeitung

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Abo ins Haus.
Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin

> Schneller Wissenstransfer

Die Gruppen im Netzwerk profitieren von den Erfahrungen der jeweils anderen. Betroffene, die anfangen, sich mit dem Konzern auseinanderzusetzen, müssen sich nicht immer wieder neu und mühsam Wissen und Erfahrungen aneignen, sie können auf den Erkenntnissen anderer aufbauen, die sich ebenfalls mit BAYER beschäftigen oder aber in der Vergangenheit beschäftigt haben. Und das vor allem schnell und unkompliziert.

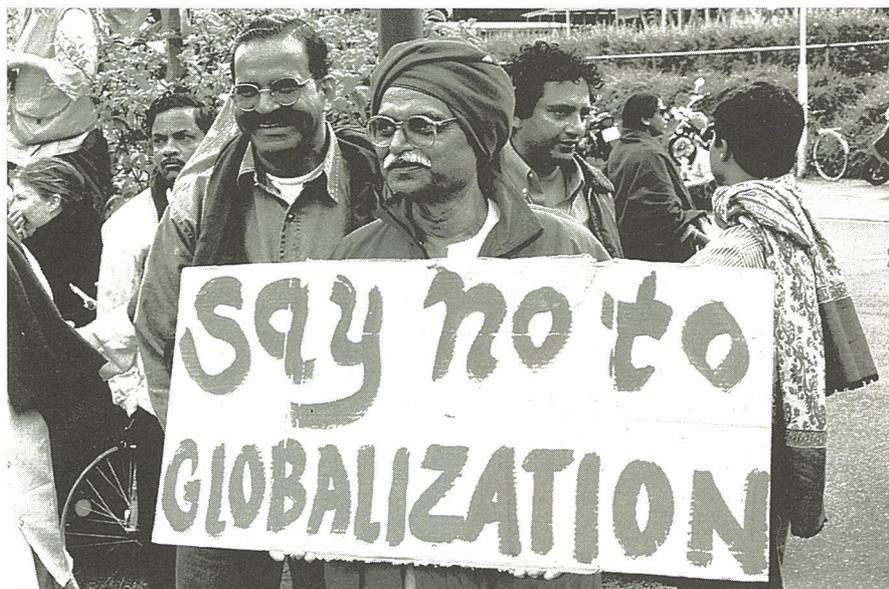
> Größere Wirkung

Der Widerstand und die Kritik erhalten durch die Bündelungen und Kooperationen im Rahmen des Netzwerkes größere Wirkung, nicht nur, weil verschiedene AkteurlInnen mit gleichen Themen gemeinsam handeln können, sondern auch, weil die CBG ihrerseits die Kritik aufgreift und in geeigneter Weise die Konzernzentrale in Leverkusen/Deutschland damit konfrontiert. Der Widerstand, egal an welchem Ende der Welt, findet so seinen Widerhall am Sitz des Konzerns und in der Aktionärshauptversammlung.

> Größere Öffentlichkeit

Kritik und Widerstand erlangen eine deutlich breitere Öffentlichkeit. Hing vorher die öffentliche Resonanz einzig von der Kraft der jeweiligen AkteurlInnen ab, blieben vorher die Probleme in Ländern der Dritten Welt oder an abgelegenen Standorten sogar gänzlich unbeachtet, so sorgt jetzt die Zusammenarbeit im Netzwerk für weltumspannende Beachtung in der interessierten Öffentlichkeit.

Ein solch konsequent konzernkritisches Netzwerk musste eine Reaktion von Seiten BAYERs hervorrufen. Und wenn man BAYER sagt, meint man die Macht, die



Indische LandwirtInnen protestieren bei BAYER

Politik, die gesellschaftlichen Eliten. Denn der Konzern, die hinter ihm stehenden GroßaktionärInnen und das Management, sind in vielfacher persönlicher und institutioneller Weise mit wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Macht verwoben. National und international. Die Reaktion auf die Gründung und das Wirken der CBG kam prompt und mit aller Gewalt. Und sie hält bis heute an. Dabei lassen sich mehrere wesentliche Methoden nennen:

> Antikommunismus

Bereits seit dem Tag, da sich die Wuppertaler Bürgerinitiative im August 1978 nicht bereit fand zu „vertraulichen Gesprächen“ mit BAYER, war für die Verantwortlichen im Konzern klar, dass es keine „freundliche Übernahme“ wie bei zahllosen anderen Organisationen und KritikerInnen geben würde. Die BAYER-Öffentlichkeitsarbeit holte die schärfste Waffe aus dem Arsenal: Antikommunismus. Spä-

testens seit Thomas Mann wissen wir: „Die Grundtorheit des Jahrhunderts ist der Antikommunismus.“ Und seit Albert Schweitzer: „Kaum sagt man ein kluges Wort, schon ist man Kommunist.“ Und tatsächlich, noch immer ist der Antikommunismus ein Totschlagargument, das von der sachlichen Auseinandersetzung auf eine diffuse, unsachliche Ebene führt. Von dieser aus gibt es dann so leicht keinen Weg zurück zu einer vernünftig ausgetragenen Kontroverse, in der einzig die Überzeugungskraft zählt. Stattdessen dominiert die maximale Diffamierung. Um die antikommunistische Argumentation zu erhärten, ließ BAYER sogar einmal Werkchutzleute mit DKP-Fahnen als ProtestlerInnen vor der Hauptversammlung aufmarschieren. So sollte der Eindruck erweckt werden, die CBG sei fest in DKP-Hand. Tatsächlich jedoch sind KommunistInnen in der CBG ausgesprochen rar (der Autor dieses Beitrags ist eines der wenigen DKP-Mitglieder).

Politische Motorradzeitung

Heft 4/08!

- ★ 30 Jahre SR 500
- ★ Antifa-Ausfahrt in der Wetterau
- ★ Treffen + Technik

MEGAPHON

kontakt: www.megaphon.kuhle-wampe.de

CBG bei der Arbeit



Am 11. November widmete sich der Langenfelder Stadtrat in einer Sondersitzung dem Thema „Kohlenmonoxid-Pipeline“, was 180 besorgte BürgerInnen in die Stadthalle trieb. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) war auch vor Ort, verteilte Flugblätter und ergriff in der Diskussion als erste das Wort. CBG-Geschäftsführer Philipp Mimes bekräftigte die Forderung der CBG an BAYER, auf den Bau der CO-Leitung zu verzichten und stattdessen am Standort Krefeld eine Produktionsanlage für das Gas zu bauen. Das stieß im Saal auf große Resonanz und fand auch Eingang in die Berichterstattung über die Veranstaltung. Einzig BAYERs Pipeline-Bauftragter Werner Breuer mochte sich mit dem Gedanken nicht so recht anfreunden.

> Diffamierungen

Der Antikommunismus wird ergänzt durch eine endlose Palette von übler Nachrede. BAYER-Kritik kann noch so qualifiziert sein, die kritischen Fachleute können Doktoren- und Professorentitel haben, so viel sie wollen, stets ist alles, was sie sagen „ohne Substanz“ und „unqualifiziert“; „falsch“- „unbegründet“ und „unsachlich“

ist es sowieso. Den Gipfel der Diffamierung bildet die nachgewiesenermaßen von einem BAYER-Werkschutz-Mann lancierte Meldung in einer Kölner Zeitung: „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN plant Sprengstoffanschläge auf Chemie-Transporte.“

> Spaltung

Immer wieder versucht der Konzern zu spalten. In „gute“ KritikerInnen, mit denen man „sachlich“ und „vernünftig“ reden könne, und solche, die „kommunistisch gesteuert“ seien, denen es lediglich um „Diffamierung und Krawall“ gehe, die „Argumenten nicht zugänglich“ seien. Um solche Spaltungen zu realisieren, lädt der Konzern gern zu (vertraulichen) „Kamingesprächen“ ein, spendet reichlich und unterhält große Förderprogramme für alles Mögliche. Darunter zynischerweise auch Projekte zur Bekämpfung der Armut oder zum Schutz der Umwelt. So gelang es dem Konzern beispielsweise auch einmal, einen Kampfstoff-Kritiker der „Wissenschaftler für den Frieden“ als Chef-Genetiker einzukaufen.

> Mittelentzug

Bereits 1983 wurde aktenkundig, wie systematisch versucht wurde, konsequenter BAYER-Kritik die finanziellen und organisatorischen Mittel zu entziehen. Der Polizeipräsident von Wuppertal wirkte in ungesetzlicher Weise auf das Amtsgericht Solingen ein, um die Vereinszulassung und jede „Förderung zu unterbinden“, die eine Anerkennung als gemeinnütziger Verein steuerlich ermöglicht. Dieses historisch wertvolle Dokument gelangte durch eine von der CBG auf den Weg gebrachte einstweilige Verfügung in den Besitz des Netzwerkes und wurde so öffentlich. Doch es nützte nichts, bis zum heutigen Tag wird der COORDINATION GEGEN BAY-

ER-GEFAHREN die Gemeinnützigkeit verweigert. Und viele andere verweigern die sonst für Umweltschutz, Entwicklungspolitik etc. übliche Förderung gleich mit.

> Anzeigen-Entzug

Um die Berichterstattung über die CBG zu unterbinden, setzt der Konzern immer wieder kurzerhand die Pressefreiheit außer Kraft. Kaum wird bekannt, dass es eine Berichterstattung geben wird (und es wird meistens bekannt, denn kaum ein/e JournalistIn wagt es, ohne Einholen einer Stellungnahme vom Konzern zu berichten), schaltet das Unternehmen die Chefredaktionen ein und verlangt ultimativ die Streichung des entsprechenden Beitrags. Bei Rundfunk- und Fernseh-Medien selbst noch bei laufender Sendung. Das Politikmagazin *Monitor* etwa strahlte eine mit versteckter Kamera gefilmte Schulung von BAYER-Öffentlichkeitsverantwortlichen aus allen Werken der Welt aus. Dort hieß es: „Wenn Ihr ein Problem mit ungenehmer Berichterstattung habt, meldet es zu uns, zum Headquarter, wir werden es abstellen.“ Wer dennoch berichtet, muss mit Bestrafung rechnen, mit Anzeigenentzug und Schlimmerem. Selbst *Stern* und *Spiegel* mussten schon auf viele Werbemillionen von BAYER verzichten, „damit die Jungs in Hamburg mal lernen, wer hier das Sagen hat!“ (BAYERs ehemaliger Öffentlichkeitsvorarbeiter Heiner Springer).

> Prozesse

Natürlich nutzt der Konzern auch die Macht seiner Rechtsabteilung und zugekaufter Expertise von Star-AnwältInnen. Die längste Prozess-Serie gegen einen Erfinder, der dem Multi Patentklausur vorwirft, dauert nun schon 40 Jahre und hat den betreffenden widerborstigen Düsseldorf nicht nur sein Vermögen gekostet,

:antifaschistische nachrichten

- Nachrichten, Berichte, Dokumente über antifaschistische Aktionen
- Meldungen und Hintergrundinformationen über faschistische Organisationen
- regelmäßige Beobachtung der faschistischen Presse
- Informationen zur Asyl- und Ausländerpolitik, zu Revanchismus und Militarismus



Halbjahres-Abo 22 Euro
 Jahres-Abo 44 Euro
 Schülerabo 28 Euro
 Förderabo 54 Euro

Probehefte kostenlos anfordern

Bestelladresse:
 GNN-Verlag, Venloer Str. 440
 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58
 Fax 0221-21 53 73

antifanachrichten@netcologne.de
 www.antifaschistische-nachrichten.de

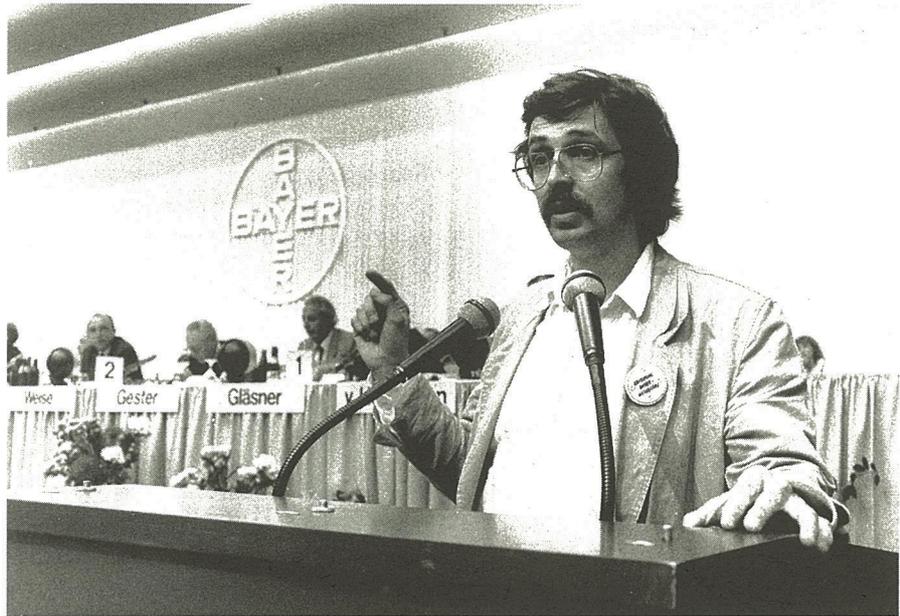
sondern auch seine Gesundheit. Bereits zu Beginn der juristischen Auseinandersetzung wurde ein BAYER-Strategie-Papier bekannt, in dem klipp und klar zu lesen steht, dass der Rechtsstreit für den Konzern „juristisch nicht zu gewinnen“ sei und er deshalb auf eine „biologische Lösung“ setzt, also Prozess bis zum Tod des Gegners. Die CBG hat in einer endlosen Zahl von Fällen miterleben müssen, wie Menschen, Organisationen und selbst Regierungen vor BAYER in die Knie gegangen sind, obwohl sie nach allen Regeln des gesunden Menschenverstands und auch nach dem Verständnis angesehener JuristInnen alles Recht der Welt auf ihrer Seite hatten.

> **Bespitzelung**

Nicht nur der Werkschutz bespitzelt die KritikerInnen umfangreich, auch Verfassungsschutz und Geheimdienste sind am Werk. In einem der Prozesse rühmte sich ein BAYER-Anwalt in einer Stellungnahme zu einem von der CBG vorgelegten BAYER-internen Spitzel-Protokoll, dass der Konzern „natürlich seine Gegner überwacht und sich über jeden Schritt Information beschafft“. Immer wieder gibt es Hinweise, dass die Kommunikation der CBG-Mitglieder kontrolliert und dass ihre Reisetätigkeit überwacht wird. Einmal wurde der Autor von einem Zivilfahrzeug gestoppt und um eine Geldbuße erleichtert: „Wir haben den Auftrag, Sie zu überwachen und waren hinter Ihnen, als Sie vorhin das Stopp-Schild überfahren haben.“

Bedrohung

Doch auch Bedrohung und Gewalt sind Mittel der Wahl. Werkschützer gingen schon handgreiflich gegen Transparente und Flugblätter vor, schlugen sogar auf öffentlichem Gelände zu, wenn gerade keiner schaute, und versuchten Kritiker mit dem Wagen über den Haufen zu fahren. Inwieweit unter der Tür durchgeschobene Morddrohungen in BAYER-Büros verfasst wurden, ließ sich bis heute nicht eruieren. Ebenso wurden die Einbrüche in die CBG-Geschäftsstelle und in Büros von



Axel Köhler-Schnura in jungen Jahren

CBG-AnwältInnen nie geklärt. Die Herkunft von Zetteln mit Morddrohungen hinter dem Scheibenwischer, auch am Wagen des Autors, konnte natürlich ebenfalls nie ermittelt werden.

Das Umfeld der CBG hat sich im Laufe ihrer Existenz immer wieder entscheidend gewandelt. War in den Anfangszeiten das Wissen um Rolle und Bedeutung des Profits und der Konzerne gesellschaftlich breit verankert, so hat sich das durch die Sozialdemokratisierung der politischen Linken, durch die gleichzeitige kontinuierliche Entwicklung der Sozialdemokratie selbst nach rechts, durch die damit einhergehende Anbiederung der Gewerkschaften an das Kapital und durch die vom Kapital aufgrund dieser Entwicklungen erfolgreich betriebene weltweite neoliberale Wende (bis hin zum Ruin der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen RGW-Staaten) dramatisch verändert. Begriffe wie „Profit“ und „Kapitalismus“ waren - obwohl grundlegende wirtschaftswissenschaftliche Kategorien - plötzlich der „Jargon von Ewiggestrigen“. Damit wurde nicht nur die Existenzsicherung der Coordination schwierig, vielmehr erlitt der Konzernwiderstand insgesamt

große Niederlagen. Reihenweise gingen konzernkritische ebenso wie linkspolitische Gruppen und Organisationen zu Grunde. Es wurde für die CBG sehr schwer, in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern das Netzwerk auszubauen und auf breite Solidarität gegründete Aktivitäten zu entfalten.

Erst Mitte der 90er Jahre wurde breiteren Bevölkerungsteilen und auch größeren Teilen der politischen Bewegungen dieser Verblendungszusammenhang bewusst. Der Blick auf die gesellschaftlichen, die politischen und wirtschaftlichen Realitäten wurde wieder klarer. Befördert übrigens vom Kapital selbst, das in seinem Profit-Höhenflug die Dinge unverhohlen beim zutreffenden Namen nannte und die Verhältnisse damit wieder zurechtrückte: Der Kapitalismus wurde Kapitalismus und der Profit wurde Profit genannt. Dennoch war der weltweite, gemeinsam mit den sozialistischen Ländern getragene antikapitalistische Widerstand zusammengebrochen. Die Bundeswehr erhielt den Auftrag, „Rohstoffe und Märkte für die deutsche Wirtschaft zu sichern“, die USA und andere Großmächte brachen fürchterliche Kriege vom Zaun, auch Deutschland zog erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges wieder in den Krieg, die sozialen Systeme wurden mehr und mehr zerschlagen, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie der Achtstundentag wurden rückgängig gemacht usw. usf..

Erst im neuen Jahrtausend kam neu formierter Widerstand zum Vorschein. Die weltumspannende Sozialforumsbewegung



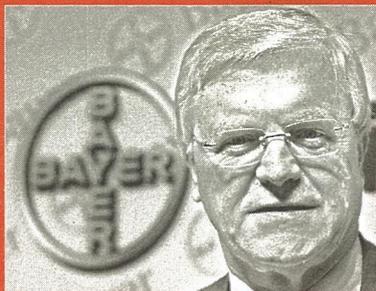
1978 - 2008

30 Jahre CBG

www.CBGnetwork.org

Coordination gegen BAYER-Gefahren

O-Ton BAYER



„Ich bin überzeugt, dass zum Erfolg eines Unternehmens auch gehört, wie weit die Belegschaft vom Geschäft profitiert. Die Menschen müssen sich gerecht behandelt fühlen, ihre Arbeit soll sich lohnen.“

BAYER-Chef Werner Wenning

schreckte die Herrschenden aus ihrer selbstgefälligen Ruhe, mächtige Streikwellen rollten durch die Länder, selbst Deutschland blieb nicht davon verschont, in einigen Ländern Lateinamerikas und Asiens wurde der Sozialismus wieder neu auf die Tagesordnung gesetzt und im anti-kommunistischen Deutschland kann sich eine Partei wieder „Die Linke“ nennen, Marx und das kommunistische Manifest zitieren und trotzdem zweistellige Wahlergebnisse einfahren.

In all diesen 30 Jahren, um die es in diesem Schnelldurchgang geht, hat die CBG erfolgreich gearbeitet. Sie ist nicht zu Grunde gegangen, sie hat nicht an Wirksamkeit und Bedeutung verloren. Es ist BAYER nicht gelungen, sie zu ruinieren, sie hat nicht ihren Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Nein, das alles hat sie nicht. Im Gegenteil, sie ist unbeirrt ihren Prinzipien treu geblieben, hat konsequent ihr Kerngeschäft, die BAYER-Kritik, betrieben und hat sowohl das internationale Netzwerk als auch die Zahl der Mitglieder und SpenderInnen deutlich ausgebaut.

Und jetzt schlägt die weltweite Finanzkrise zu. Das kapitalistische Hochprofit-Gebäude, errichtet von Konzernen und Banken im Auftrag von mächtigen KapitalbesitzerInnen, von denen die nach dem amerikanischen Wirtschafts magazin *Forbes* ermittelten 1.125 Reichsten mit 4,4 Billionen US-Dollar soviel besitzen wie die 145 ärmeren Länder der Erde mit zusammen etwa einem Drittel der Weltbevölkerung (2,1 Milliarden Menschen). Was diese Weltkatastrophe bringen wird, ist derzeit unklar. Mit Sicherheit steht fest: Nichts Gutes für die Menschen und die Umwelt. Bereits heute muss eine Milliarde Menschen hungern, immerhin fast ein Sechstel der Menschheit.

Werden Globalisierung und Finanzkrise die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN in die Knie zwingen? Tatsache ist, dass ebenso wie die Realeinkommen der Bevölkerung die Einnahmen der Coordination gesunken sind. Sie liegen nominal auf dem Niveau von 1993. Doch Mut macht, dass die Zahl der Mitglieder und SpenderInnen ungebrochen wächst (auch wenn zugleich die Summe der Beiträge und Spenden sinkt). Das zeigt, dass der Rückhalt der CBG, die Unterstützung für das Netzwerk sowie die Zustimmung zur konzernkritischen Arbeit auf wachsende öffentliche Unterstützung stößt. Und das



gibt Gewissheit, dass die Coordination ihre Arbeit auch weiterhin erfolgreich wird leisten können. Nötig ist sie sowie so, denn Klimakatastrophe und Finanzkrise machen die Verantwortung der Konzerne klar wie nie zuvor. Was wiederum deutlich werden lässt, dass das Profitsystem und die Macht des großen Kapitals gebrochen werden müssen. Die CBG wird sicher auch weiterhin ihren Beitrag am Beispiel des BAYER-Konzerns dazu leisten. Yes we can!*

* In Abwandlung des Wahlkampf-Slogans des ersten schwarzen Präsidenten der US-Geschichte, Barack Obama.

Ohne Hilfe geht es nicht

Gegen einen internationalen Konzern anzutreten, kostet Geld. Viel Geld. Geld für Recherche, für Aufklärungsarbeit, für Aktionen.

Deswegen braucht die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN Ihre Hilfe. Schenken Sie uns zum Geburtstag Ihrer Fördermitgliedschaft. Oder erhöhen Sie Ihren Beitrag, wenn Sie bereits Fördermitglied sind.

Natürlich wissen wir, dass das bei Vielen nicht geht. Auch wir ehrenamtlichen AktivistInnen sind ganz normale Menschen und müssen mit unseren wenigen Euros unser Auskommen bestreiten. Fühlen Sie sich also durch unser Unterstützungersuchen bitte nicht bedrängt.

Aber machen Sie sich doch einmal kurz Gedanken darüber, was es finanziell bedeutet, 30 Jahre lang einem Multi die Stirn zu bieten? Woher soll das Geld für diese harte Auseinandersetzung kommen? Wie soll man dieses Geld zusammenbringen?

Deshalb: Falls Sie Mitglied werden oder Ihren Beitrag erhöhen können, nutzen Sie bitte direkt die beiliegenden Rückantwort-Postkarten. Ohne Ihre Hilfe geht es nicht!

grünes blatt
 zeitung für umweltschutz
 „von unten“

inhalte: berichte und artikel zu utopien, gentechnik, selbstorganisation, ökologie, repression; tipps für umweltschutz im alltag; kritische analysen herrschaftsförmiger umweltpolitik; entwürfe für umweltschutz, der von den menschen ausgeht.

vorsicht: offenes medium, einmischung erwünscht

Das grüne blatt erscheint vierteljährlich. Ein Abo gibt es für 10 € im Jahr (Einzelabo) oder 30 € (10 Ex. pro Ausgabe) und kann bestellt werden per ...

★ Post: grünes blatt, Postfach 32 01 19, D-39040 Magdeburg
 ★ Tel: +49 391-72 72 657
 ★ Mail: mail@gruenes-blatt.de

www.gruenes-blatt.de/wiki

Die Protest-Chronik

Und was bringt das alles? Kann gegen eine solche Macht wie BAYER überhaupt etwas erreicht werden? Jawohl, gegen einen Konzern wie BAYER aufzustehen, bringt Erfolg. Wir haben es bewiesen!

1978 Enthüllungen über die tatsächlich ausgetretenen Giftmengen bei der Salzsäurekatastrophe auf dem Gelände von BAYER Wuppertal.

1979 Enthüllung des Versuchs von BAYER, die Störfall-Verordnung zu manipulieren und hochgefährliche Produktionsanlagen aus der Verordnung rauszuhalten.

1980 Beteiligung an der Organisation der Dünnsäureblockade in Leverkusen, bei der BAYER zugeben musste, dass die Einleitung dieser für die Nordsee tödlichen Gifte nur einer veralteten Technologie zu verdanken war.

1981 Enthüllung, dass BAYER in großem Stil das Grundwasser verseucht und der Fluss Wupper ab dem BAYER-Werk biologisch tot ist.

1982 Spektakuläre Enthüllungen über Entwicklung und Produktion chemischer Kampfstoffe.

1983 Ausarbeitung der Klage vor dem Internationalen Wassertribunal in Rotterdam, die zu einer Verurteilung von BAYER führte.

1984 Gründung des DACHVERBANDS KRITISCHER AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE, der inzwischen bei mehr als 30 Konzernen und Banken aktiv ist.

1985 Enthüllungen über eine mögliche Verantwortung des BAYER-Konzerns für den „Speiseöl-Skandal“ in Spanien, der Tausenden das Leben bzw. die Gesundheit kostete.

1986 Beteiligung an der „Dünnsäure-Blockade“ bei BAYER/Antwerpen (Belgien), die den endgültigen Stopp der Gifteinleitungen in die Nordsee erzwang.

1987 Verhinderung des Baus eines gefährlichen BAYER-Werkes durch

eine landesweite Volksabstimmung in Australien.

1988 Durch eine internationale Kampagne konnte die Wiedereinstellung entlassener GewerkschafterInnen bei BAYER in Brasilien erzwungen werden.

1990 Proteste gegen das BAYER-Pestizid LEBAYCID in Griechenland.

1991 Nachdem die CBG von BAYER verklagt worden war, errang sie letztinstanzlich vor dem Bundesverfassungsgericht einen weit über den Konflikt BAYER/CBG hinaus reichenden Sieg für Meinungsfreiheit und Demokratie.

1992 Enthüllungen über todbringende Arbeitsbedingungen bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS in Südafrika.

1993 Kolumbianische BlumenpflückerInnen berichteten auf der BAYER-Aktionärsversammlung über Tod und Erkrankung durch BAYER-Pestizide.

1994 Aktionen gegen die wesentliche tödliche Infizierung von tausenden Blutern in aller Welt mit AIDS durch verseuchte BAYER-Medikamente.

1995 Start der Kampagne „Nie wieder!“ zur Entschädigung der IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen durch BAYER und andere Konzerne.

1996 Erstmals in der Geschichte von Aktiengesellschaften erzwang die CBG durch die große Zahl der ihr übertragenen Stimmrechte auf der Aktionärsversammlung die Änderung der Tagesordnung.

1997 Stopp der Errichtung einer 2,3 Milliarden teuren gefährlichen Chemie-Anlage in Taiwan durch Massenproteste.

1998 Mit mehr als 100 Mio. Dollar muss BAYER Medikamenten-Opfer in USA und Japan entschädigen.

1999 Es kann erzwungen werden, dass BAYER sich bereit erklärt, ehemals

lige ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen.

2000 Der Konzern wird des Wortbruchs überführt. Er hatte öffentlich versprochen, Herstellung und Vertrieb von Pestiziden der höchsten Gefahrenklasse zu beenden, und hielt sich nicht daran.

2001 Erfolgreiche Kampagne gegen den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast.

2002 Die CBG enthüllt die Einflussnahme auf die UNO und verdirbt die BAYER-Party zum Börsenstart an der Wall Street.

2003 Die CBG reicht eine OECD-Klage gegen BAYER wegen der Verwicklung des Konzerns in den blutigen Bürgerkrieg im Kongo ein.

2004 Der Konzern wird überführt, in Indien von sklavenähnlicher Fronarbeit Tausender Kinder zu profitieren.

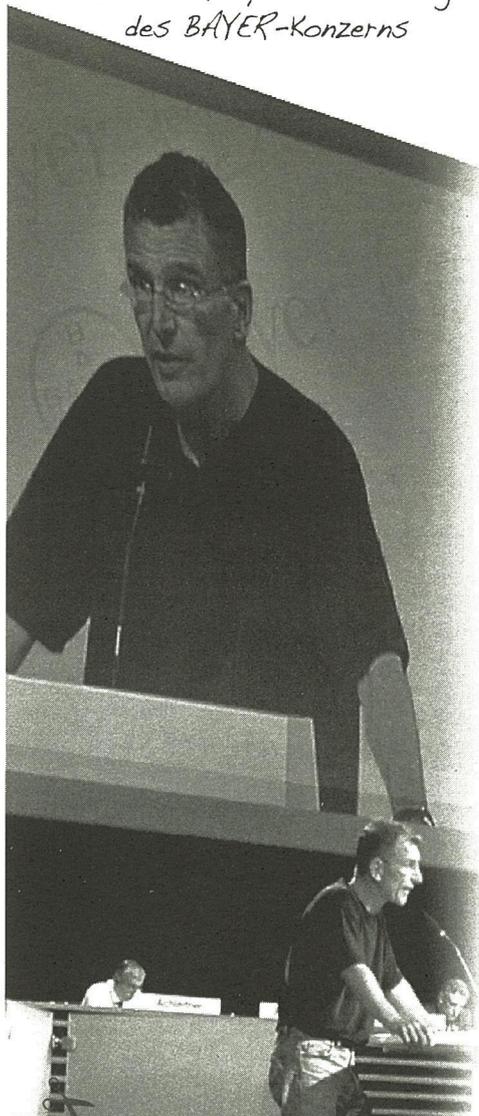
2005 Der Konzern bildet immer wieder Kartelle zur Manipulation der Preise und muss Strafen von mehreren Hundert Millionen Euro zahlen. Die Coordination reicht eine weit beachtete Strafanzeige gegen den Vorstand ein.

2006 Der Konzern muss seine Geschäftsberichte korrigieren und die Falschinformationen über seine Emissionen von Treibhausgasen tilgen.

2007 Die Verbrennung Tausender Tonnen hochgiftigen Giftmülls aus Australien in Dormagen kann in einer gemeinsamen internationalen Aktion gestoppt werden.

2008, 2009, 2010
Versäumen Sie keine der spannenden Fortsetzungsgeschichten in *Stichwort BAYER*.

*Hubert Ostendorf als Kritiker
auf der Hauptversammlung
des BAYER-Konzerns*



Mein Name ist Hubert Ostendorf.

Ich bin Chef vom Dienst bei STICHWORT BAYER (SWB).

Als ich 1982 bei der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) aktiv geworden bin, hat wohl niemand geahnt, in welcher dramatischen Weise sich die ökologischen und sozialen Überlebensbedingungen auf unserem Planeten verschlechtern. Über eine Milliarde Menschen sind vom Hungertod bedroht, fast ein Sechstel der gesamten Menschheit - so viele wie nie zuvor. Schuld an der Misere sind vor allen Dingen die Konzerne. Ihre grenzenlose Sucht nach Profiten degradiert den Menschen zum Handlanger eines todbringenden Systems.

STICHWORT BAYER hat zu den Skandalen der Multis nie geschwiegen. Ohne uns rühmen zu wollen, viele Probleme haben wir in unserem Magazin als Erste überhaupt thematisiert und dadurch den allgemeinen Disput angestoßen.

Unsere Positionen freilich waren immer im besten Sinne radikal und damit anders als andere. Ohne STICHWORT BAYER würde es die konsequente Konzernkritik nicht geben. Und unser englischsprachiger Newsletter KEYCODE BAYER macht Mut zum Widerstand in aller Welt.

Damit STICHWORT BAYER (SWB) auch weiterhin erscheint und entsprechend Wirkung gegen Konzernmacht entfaltet, bitte ich Sie: Stärken auch Sie den SWB-Förderkreis. Werden Sie Mitglied. Spenden Sie.

Mit Soli-Grüßen
Ihr Hubert Ostendorf

Ja, ich werde Mitglied des SWB-Förderkreises mit einem selbst festgelegten Jahresbeitrag von Euro

(Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG).

Der Beitrag soll

- monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich abgebucht werden.

Ja, ich möchte SWB stärken und bestelle zusätzlich Exemplare

Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG. Vorzugspreis je Heft 1,50 Euro (Verkaufspreis 8 Euro).

Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) zum Preis von (mind. 30 Euro im Jahr) Euro

Ja, ich helfe mit einer Spende an den Stichwort BAYER Förderkreis Euro

Absender

Name, Vorname

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

Fon/Fax eMail

Lastschrift Bitte buchen Sie meinen Beitrag / meine Abogebühr / meine Spende ab wie folgt

Konto-Nr. Bankleitzahl

Geldinstitut

Beruf Geburtsjahr Datum/Unterschrift

STICHWORT BAYER Förderkreis

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf
Fon 0211 - 33 39 11
Fax 0211 - 33 39 40
eMail CBGnetwork@aol.com



Für wirksame Konzernkritik und demokratische Gegenöffentlichkeit.